



Frauen in der Region

Bericht zum Interreg-Projekt
„Zukunftsforum Frauen in der Region“
2017 – 2018



ZUKUNFTSFORUM FRAUEN IN DER REGION



Landkreis
Garmisch-Partenkirchen



tirol
Unser Land

Gefördert von

IMPRESSUM

Herausgegeben von

Frau und Beruf plus e.V., Lindwurmstraße 129a, D-80337 München

[www.frau-und-beruf.net/Frau und Beruf plus e.V.](http://www.frau-und-beruf.net/Frau%20und%20Beruf%20plus%20e.V.)

Projekt

BY 21 „Zukunftsforum Frauen in der Region“ 01.06.2017 – 31.12.2018

Projektförderung

Interreg Österreich-Bayern 2014-2020

Europäische Union – Europäischer Fond für Regionale Entwicklung

Wissenschaftliche Begleitung

Dr. Alexandra Weiss, Politikwissenschaftlerin und Genderforscherin
an der Universität Innsbruck

Grafik

www.miasdesign.com

München, 01.03.2019

Zum Projekt

„Zukunftsforum – Frauen in der Region“

01.06.2017 – 31.12.2018



Projekt **FRAUEN. FORUM. ZUKUNFT.**



Landkreis
Garmisch-Partenkirchen

Gefördert von



Ziel des Projekts war, vorhandene Problemlagen bzw. Einschränkungen für Frauen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen / Zugspitzregion und im Tiroler Außerfern zu erfassen. Im Mittelpunkt standen dabei die Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Berufsmöglichkeiten, sowie die Einkommenssituation. In die Aktivitäten rund um das Projekt und die damit verbundene Recherche sollten möglichst viele Frauen einbezogen und aktiviert werden. Gemeinsam mit politischen und wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen wollten wir eine Diskussion anregen und Lösungswege finden, um Frauen stärker in die wirtschaftliche Entwicklung der Grenzregion einzubinden und die politische Partizipation von Frauen in den Projektregionen zu fördern.

Mit einer grenzüberschreitenden Veranstaltung „Seilakt – Frauenleben in der Region“ startete das Projekt im Oktober 2017 in Reutte. Hier konnten sich Teilnehmerinnen mit ihren Erfahrungen und Wünschen einbringen. Daraus wurden Schwerpunktthemen ausgewertet, die dann in vier Runde Tischen bearbeitet wurden:

1. „Besondere Bedarfe erfordern besondere Lösungen – Das Potenzial der Kindstagespflege in den Regionen Garmisch-Partenkirchen und Reutte“ am 18.04.2016 in Reutte
2. „Unternehmerinnen-Frühstück für Frauen diesseits und jenseits der Grenze“ am 25.04.2018 in Reutte in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Reutte
3. Welt-Cafe „Frauen: Arbeit.Bildung.Geld – Chancen & Grenzen in der Region“ am 28.06.2018 in Murnau/Innovationsquartier
4. Grenzüberschreitendes Politikerinnen-Forum: Chancengleichheit in der Regionalentwicklung“ am 05.10.2018 in Garmisch-Partenkirchen/Landratsamt

Die Ergebnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsmöglichkeiten wurden in der Abschlussveranstaltung am 23. November 2018 in Garmisch-Partenkirchen als Kurzfassung dieses Berichts verteilt.

Der vorliegende Bericht verknüpft die Projektergebnisse zur Situation und Lebenslage von Frauen in den beiden Projektregionen - Zugspitzregion / Garmisch-Partenkirchen und Außerfern / Reutte mit Daten und Fakten aus der Frauenforschung insgesamt. Dabei wird auch Bezug genommen auf den Gleichstellungsbericht des Landes Tirol aus dem Jahr 2016. Darüber hinaus werden die regionalen Gegebenheiten in den Zusammenhang der historischen Entwicklung und Gegenwart der Frauenrealität in den beiden Projektländern Deutschland (mit Schwerpunkt Bayern) und Österreich (mit Schwerpunkt Tirol) gestellt. Dabei zeigt sich, dass es im Blick auf die Projektthemen durchaus regionale Ausprägungen gibt und damit auch die Möglichkeit bzw. sogar Notwendigkeit, durch regional ausgerichtetes Handeln sowie den grenzüberschreitenden Austausch Veränderungen zu bewirken. Und auch, dass zum Verständnis der regionalen Situation Bezüge auf gesamtgesellschaftliche z. T. auch europäische, Entwicklungen hilfreich sind, die damit u. a. auch die Sinnhaftigkeit europäischer Projekte begründen.

Erstellt wurde der Bericht von Dr. Alexandra Weiss, Politikwissenschaftlerin und Geschlechterforscherin an der Universität Innsbruck. Von den Projektpartnern vorgenommene Ergänzungen aus den Veranstaltungen sind kursiv kenntlich gemacht.

Die Projektpartner:

- Frau und Beruf plus e.V., Leadpartner
- BASIS Frauenservice Außerfern
- Landkreis Garmisch-Partenkirchen/Kommunale Gleichstellungsstelle
- Kath. Kreisbildungswerk Garmisch-Partenkirchen e.V.
- Frauen im Brennpunkt, Reutte
- ZONTA International, Garmisch-Partenkirchen

Übersicht

Einleitung	06
Teil 1: Erwerbs-Arbeit und Einkommen	08
Teil 2: Bildung und Mobilität	15
Teil 3: Soziale Infrastruktur	21
Teil 4: Politische Partizipation und Repräsentation	26
Teil 5: Empfehlungen und Best Practice Beispiele	35
Literatur	37
Kontaktdaten der Projektpartner	43

Einleitung

Wenn es um den ländlichen Raum und dessen Entwicklung geht, wird oft in einem alarmistischen Ton über die Landflucht der Frauen und die daraus entstehenden Gefahren für die Entwicklung dieser Regionen berichtet. Um einem solchen negativen Zukunftsszenario entgegen zu steuern ist es wesentlich, zu analysieren, welche Bedingungen eine Region Frauen bietet, ein selbstbestimmtes Leben zu führen: Können sie ihre Existenz eigenständig sichern ohne persönliche Abhängigkeiten eingehen zu müssen? Zentral geht es dabei um die Bereiche Bildung, Beschäftigung, Einkommen und soziale Infrastruktur. Sie standen im Mittelpunkt der Aktivitäten im Interreg-Projekt Zukunftsforum: Frauen in der Region, das gemeinsam von Organisationen aus der Zugspitzregion/Landkreis Garmisch-Partenkirchen und dem Tiroler Außerfern/Reutte entwickelt und durchgeführt wurde.

Wie Bildung, Beschäftigung, Einkommen und die soziale Infrastruktur ausgestaltet sind, hängt nicht zuletzt von den Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung und Mitgestaltung von Frauen ab. Es besteht also durchaus eine Wechselwirkung zwischen politischer Repräsentation bzw. Partizipation und den Lebensbedingungen von Frauen. Auf den Bereich der politischen Partizipation und Repräsentation von Frauen wird im Bericht ausführlich eingegangen. Dabei werden sowohl die Bedingungen der Teilhabe analysiert als auch Ideen und Anregungen zur Verbesserung der Situation aufgegriffen.

Angesichts einer immer noch deutlichen Unterrepräsentation der Frauen auf allen Ebenen des politischen Systems und der Verdrängung von geschlechterpolitischen Themen, scheint es wichtiger denn je, dass Frauen ihre Interessen selbst vertreten und dass die Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern wieder verstärkt problematisiert wird. Dominante Themen, wie die seit 2008 virulente Wirtschaftskrise, werden kaum mit Fragen der sozialen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in Verbindung gebracht, sondern verdrängen diese. Vielmehr scheint sich seit der Wirtschaftskrise eine deutlich antifeministische Stimmung zu verstärken, welche die Interessen von Frauen zu delegitimieren versucht (vgl. Weiss 2013) und eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen befördert.

Die Verdrängung von Frauen- und Geschlechterpolitik beruht ebenso auf dem, was Angelika Wetterer (2003) als „rhetorische Modernisierung“ und das Verschwinden der Geschlechter-Ungleichheit aus dem zeitgenössischen gesellschaftlichen Wissen und der öffentlichen Auseinandersetzung bezeichnete. Wetterers Beobachtung zeigt auf, dass das, was die Gesellschaftsmitglieder über die Differenz und das Verhältnis der Geschlechter wissen und denken, der sozialen Praxis ein ganzes Stück vorausgeeilt ist. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass kaum jemand noch behauptet, dass Kindererziehung und Hausarbeit Frauensache sei, die Realität aber genau das widerspiegelt. Dadurch werden die realen Lebensverhältnisse, das Handeln der Menschen, ihre Alltagspraxis verdeckt – soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wird unsichtbar und damit immer weniger thematisierbar. Sie erscheint zunehmend weniger als strukturell bedingt, sondern als individuell und persönlich gewählt, was eine Entpolitisierung dieser Verhältnisse bewirkt.

Auch dadurch, dass es Mitte der 1970er Jahre in Deutschland und Österreich (wie auch in vielen anderen europäischen Ländern) zu wesentlichen rechtlichen Reformen (Bildungsreform, Ehe- und Familienrechtsreform, Strafrechtsreform) kam und seit den 1980er Jahren auch wichtige gesetzliche frauenpolitische Maßnahmen umgesetzt wurden, wird die Gleichstellung der Geschlechter als „erledigt“ abgehakt. Wenn Frauen dennoch von Armut, Diskriminierung oder Ausgrenzung betroffen sind,

wird dies zunehmend als individuelles Versagen abgebildet, weil das Nachdenken über strukturelle Bedingungen sowohl in der medialen Öffentlichkeit, als auch in der Politik zumindest ein Stück weit verlernt wurde. Dies ist nicht zuletzt Folge einer neoliberalen Individualisierungs-Logik, nach der „jede ihres Glückes Schmiedin ist“.

Das hat Auswirkungen auf alle relevanten Bereiche, von der Erwerbsbeteiligung, den Einkommen bis hin zur politischen Partizipation.

Teil 1. Erwerbs-Arbeit und Einkommen

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Produktions- und Reproduktionsarbeit

Ganz grundsätzlich kann man in Hinblick auf Erwerbs-Arbeit festhalten, dass sich der Zwang zur Existenzsicherung in unseren Gesellschaften zentral über die Teilhabe an Erwerbsarbeit realisiert. Sie ist die herrschende Form der Eingliederung in gesellschaftliche Zusammenhänge (Michalitsch 2012, 47). Erwerbsarbeit ist auch ein Kristallisationspunkt von Machtverhältnissen – ein Aspekt davon ist, wie der Zugang zu und der Ausschluss von Erwerbsarbeit reguliert sind. Der Zugang zu bezahlter Arbeit entscheidet darüber, ob wir über bzw. welche Ressourcen verfügen können, er entscheidet über Lebenschancen und Gestaltungsmöglichkeiten, ebenso über Anerkennung und sozialen Status.

Das Idealbild des bürgerlichen Familienmodells negierte einen Zugang von Frauen zum Erwerbsarbeitsmarkt bzw. brandmarkte es historisch sogar als „unnatürlich“. Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte basierte auf einer Verallgemeinerung dieses (bürgerlichen) Familienmodells, das er durch arbeits- und sozialrechtliche Regulierung als Lebensmodell für alle sozialen Schichten durchsetzte. Auch die Figur der ökonomisch abhängigen „Nur“-Hausfrau wurde damit (mehr oder weniger) verallgemeinert: Denn die Kernfamilie war (und ist) mit einer spezifischen geschlechtlichen Arbeitsteilung und -bewertung verbunden.

Abgesichert wurde die Alleinverdiener-Hausfrauen-Ehe auch über die Institution des Familienlohnes (vgl. Fraser 2001 [1997]), der garantieren sollte, dass der Mann alleine für das nötige Einkommen sorgen konnte. Frauen und Männer wurden so in die kollektiven Formen von Umverteilung und Solidarität im Sozialstaat grundlegend verschieden eingebunden: Männer über die Sozialversicherung und Frauen über die Ehe/Familie (Nowak 2002, 461). Eine Absicherung der Reproduktionsarbeit war und ist nicht vorgesehen.

Doppelbelastung und ökonomische Abhängigkeit

Der sozialstaatliche Kapitalismus ging so für die meisten Frauen, insbesondere jene der Arbeiterklasse, mit einer ‚Hausfrauisierung‘ einher, die mit den spezifischen Risiken der privaten, ökonomischen Abhängigkeit verbunden war. Entgegen der herrschenden Geschlechterideologie waren Frauen aber nie gänzlich vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, auch wenn sie im Wesentlichen auf marginalisierte und schlecht bezahlte Positionen beschränkt blieben. Die Erwerbsarbeit der Frauen blieb so die verschwiegene Rückseite ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung der Nachkriegsjahrzehnte (Weiss 2012, 101-107). Die Geschlechterordnung der 1950er und 1960er Jahre sorgte mit ihrer Ideologie des männlichen Familienernährers und der geschlechtsspezifischen Zuordnung von Arbeit dafür, dass Frauenlöhne Zuverdienst-Löhne waren. Obwohl Frauen zunehmend in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert wurden, blieben sie auf den Reproduktionsbereich, also auf die Versorgungsarbeit im Haus festgelegt und weitgehend allein verantwortlich dafür (ebd. 103).

Diese doppelte Vergesellschaftung von Frauen (Becker-Schmidt 1987) sorgte dafür, dass trotz weiblicher Erwerbstätigkeit nicht auf weibliche Gratisarbeit im Haushalt verzichtet werden musste. Individualisierung, im Sinn einer Freisetzung aus beschränkenden Normen und als demokratisches Projekt moderner demokratischer Gesellschaften und soziale Gerechtigkeit erwiesen sich so als

männliche Projekte, Frauen blieben ökonomisch, kulturell und sozial Männern untergeordnet und von ihnen abhängig.

Die Etablierung der Familienorientierung als weiblichem Lebenssinn schlechthin ist aber nicht Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens, sondern einer hierarchischen Geschlechterordnung, die ideologisch fundiert ist und männliche Vorherrschaft ökonomisch und kulturell absichert:

- Es wird eine Ideologie des Familialismus erzeugt, die Familie als (einzig anzustrebende) ‚normale‘ Lebensform festlegt. Dabei wird Frauen eine Familienorientierung und Männern eine Erwerbsorientierung zugewiesen.
- Mit weiblicher Arbeit in der Familie wird der Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaften für den Einzelnen erst lebbar – durch die unbezahlte Versorgung und Wiederherstellung der Arbeitskraft.
- Mit dem Familienlohn wird es möglich, dass Frauenarbeit flexibel nachgefragt werden kann – Frauen sind die Reservearmee, die je nach Bedarf einsetzbar ist.
- Das Mehr, das Männer an Ressourcen in den Haushalt einbringen, sichert ihnen Dominanz in der individuellen Beziehung, weil Frauen von ihnen ökonomisch abhängig sind (Kohlmorgen 2004, 54-55; Nowak 2002, 460-461).

Mit dem Übergang von einem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus hin zu einem neoliberalen Kapitalismus veränderte sich diese Konstellation grundlegend. Dieser Übergang geschieht mehr oder weniger zur selben Zeit, als sich Erfolge der Neuen Frauenbewegung in staatlicher Politik niederschlagen. Erste Reformen zur Beseitigung frauendiskriminierender Strukturen im System der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes (z.B. in Bezug auf die Diskriminierung von Frauen bei der Festsetzung des Entgeltes) datieren mit Ende der 1970er Jahre, sie werden in den 1980er Jahren fortgesetzt. Diese Initiativen sind Teil einer europäischen Gesetzgebungswelle gegen die Diskriminierung von Frauen in Erwerbsleben (Gottfried/O'Reilly 2002, 44-46; Weiss 2012, 106).

Gleichzeitig nahm aber die makroökonomische Steuerung ab und der Sozialstaat wurde zunehmend zurückgebaut. Verteilungspolitische Fragen traten seit den 1980er und noch mehr seit den 1990er Jahren immer mehr in den Hintergrund. Frauen sollten nun zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert werden, jede europäische Beschäftigungsstrategie legte auch eine Zielquote für die Erwerbsbeteiligung von Frauen fest. Angesichts eines zunehmenden Abbaus sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Schutzes und eines Weiterbestehens geschlechtsspezifischer Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt ergibt sich daraus für viele Frauen eine sehr prekäre Situation: Es ist eine Kombination von verstärkter Arbeitsmarktintegration bei gleichzeitiger Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit. Bestimmte Ansprüche auf soziale Absicherung können gar nicht mehr erworben werden (etwa bei scheinselbstständigen Arbeitsverhältnissen wie Werkverträgen oder freien Dienstverträgen) oder nur in einem nicht existenzsichernden Ausmaß (z.B. bei Teilzeitbeschäftigungen oder bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen).

Steigender Anteil der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und wachsende Lohndifferenz

Vor diesem Hintergrund sind drei Dimensionen in der Entwicklung der Erwerbsarbeit festzustellen, die Birgit Sauer (2006 [2001]) auch als „Feminisierung der Arbeit“ beschrieb:

- Eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen aufgrund steigender Qualifikationen, aber auch aus einer materiellen Notwendigkeit heraus.
- Ein Prozess der Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, die für Unternehmen eine flexible Anpassung an ökonomische Erfordernisse und eine Reduzierung der Arbeitskosten ermöglichen. Das Potenzial an Arbeitskräften im atypischen Bereich ist überwiegend weiblich.
- Ein Absenken des Lohnniveaus (auf das von „Frauenlöhnen“), wobei die Lohnschere zwischen Frauen und Männern sich nicht schließt, sondern konstant bleibt (Sauer 2006 [2001], 71-72).

Zwei weitere Entwicklungen in Hinblick auf die Einkommen abhängig Beschäftigter sind hier zu berücksichtigen: Einerseits hat die soziale Ungleichheit in den Industrieländern wieder zugenommen, was sich unter anderem in sinkenden Lohnquoten ausdrückt. Stiegen die Lohnquoten bis in die 1970er Jahre in den meisten europäischen Volkswirtschaften an oder verliefen zumindest im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, so war ab den 1980er Jahren eine Trendumkehr zu verzeichnen. In manchen Ländern fallen die Lohnquoten drastisch – zwischen 1980 und 2012 z.T. um über 10 Prozentpunkte (Mayrhuber et al. 2015, 11-12).

Andererseits bleibt der Abstand zwischen Frauen- und Männer-Einkommen mehr oder weniger konstant hoch, wie der Gender Pay Gap¹ veranschaulicht. Während in Österreich in den letzten Jahren ein Rückgang von 25,5 Prozent in 2006 auf 22,2 Prozent in 2014 zu verzeichnen war (Gaisberger/Glaser 2017), blieb der Gender Pay Gap in Deutschland in selben Zeitraum konstant bei ca. 22 Prozent.

Dass Einkommensunterschiede in Österreich und Deutschland zwischen Frauen und Männern immer noch hoch sind, hat viele Gründe. In einer Vergleichsstudie zu den Ländern der Europäischen Union aus 2011 werden die zum Teil widersprüchlich scheinenden Ergebnisse erläutert. Der Gender Pay Gap ist auch in jenen Ländern oft besonders gering, die sehr traditionelle Geschlechterverhältnisse aufweisen und kaum gleichstellungspolitische Maßnahmen setzen. So weisen etwa Malta, Rumänien, Polen oder Italien einen sehr geringen Gender Pay Gap auf (etwa zwischen 5 und 11 Prozent), während Schweden einen Gender Pay Gap von 13,3 Prozent, Deutschland 21,5 Prozent und Österreich 20,1 Prozent aufweist (Eurostat 2016). Faktoren, die Einfluss auf die Höhe des Gender Pay Gap haben, sind vor allem Teilzeitarbeit, Karriereunterbrechungen, das Ausmaß der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen oder die horizontale (nach Branchen) und vertikale (nach Hierarchien in einem Berufsfeld) Segregation des Arbeitsmarktes. Vor dem Hintergrund der oben angeführten Tendenzen ist festzuhalten, dass jene Länder, die einen geringeren Gender Pay Gap aufweisen, durch eine geringere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen charakterisiert sind (hier sind in erster Linie Frauen mit hohen Qualifikationen erwerbstätig). Jene Länder mit einem hohen Gender Pay Gap weisen eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen auf. Zu diesen Ländern gehören neben Österreich und Deutschland vor allem Großbritannien und die Niederlande; die hohe Arbeitsmarktbeteiligung wird hier allerdings von einem sehr hohen Anteil an weiblicher Teilzeitbeschäftigung und einem

¹ Der Gender Pay Gap bezieht sich nach Eurostat immer auf durchschnittliche Bruttoverdienste der unselbstständig Beschäftigten und bezeichnet den Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Das macht auch einen Vergleich zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung möglich.

höheren Anteil an gering qualifizierten Frauen begleitet. Die skandinavischen Länder zeigen im Gegensatz dazu, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine hohe Teilzeitrates nicht notwendig mit einem hohen Gender Pay Gap einhergehen müssen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn es auch im hochqualifizierten Bereich Teilzeitstellen gibt. Es sind also weitere Faktoren, die Berücksichtigung finden müssen: In Österreich ist insbesondere der hohe Anteil von Frauen im Niedriglohnbereich entscheidend – er ist mit 28,7 Prozent mehr als drei Mal so hoch als jener der Männer (9,2 Prozent) (Economic Commission for Europe 2011, 2-5). Auch in Deutschland ist der Anteil von Frauen im Niedriglohnbereich sehr hoch. So lag der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen an allen Arbeitnehmerinnen 2016 bei 27 Prozent, während der Anteil der Männer bei 16 Prozent lag (Statistisches Bundesamt 2017, 8).

Deutlich wird hier immer wieder auch, dass der Gender Pay Gap am Land höher ist als in den Städten, vor allem in großen Ballungszentren. Hier finden nicht nur Männer, sondern auch Frauen besser bezahlte Jobs. So zeigt sich etwa in der österreichischen Lohnsteuerstatistik, dass der Einkommensvorteil von Männern in Innsbruck 2016 10,2 Prozent betrug, während er in Reutte bei 32,2 Prozent lag, Tirol-weit lag der Einkommensvorteil² von Männern bei 24,4 Prozent (Statistik Austria 2017, 50).

Auch in Deutschland lässt sich ein Stadt-Land-Gefälle feststellen. Bei einer Studie zum Gender Pay Gap in Deutschland wurde neben dem bekannten Ost-West-Gefälle auch ein Nord-Süd-Gefälle festgestellt. Der höchste Gender Pay Gap wurde dabei in Ingolstadt gemessen, der geringste in Frankfurt an der Oder. Als Ursache wurde die Branchenstruktur identifiziert. Während sich Ingolstadt durch hoch spezialisierte Tätigkeiten und Großbetriebe auszeichnet, weist Frankfurt an der Oder eine diversere Branchenstruktur und eine Dominanz von Kleinbetrieben auf (Kutzner 2016, 144-145).

Auch wenn die Wirtschaftsstruktur nur zum Teil beeinflussbar ist, so kann Politik hier doch auch steuernd eingreifen, in dem sie eine gezielte Ansiedlungspolitik betreibt und entsprechende Rahmenbedingungen (vor allem durch die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur) schafft, die die Chancen der Frauen im Zugang zu bezahlter Arbeit verbessern (vgl. Busch/Holst 2008).

Was Wirtschaftsförderung zu einem gleichstellungsorientierten Arbeitsmarkt beitragen kann

Die Notwendigkeit einer stärkeren Steuerung regionaler Wirtschaftsförderung im Blick auf mehr Gleichstellungs- bzw. Genderpolitik auf dem regionalen Arbeitsmarkt war bei allen Projektveranstaltungen ein wichtiger Aspekt:

- *Wirtschafts- und Frauenförderung kombinieren! Betriebsansiedlungen sollten etwa darauf hin geprüft werden, ob und welche Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden; wie die Arbeitszeit gestaltet wird im Blick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf (neben der Betreuung von Kindern sind hier zunehmend auch Pflegeaufgaben zu berücksichtigen; welche Verdienstmöglichkeiten für Frauen zu erwarten sind; welche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen vorgesehen sind, wie Führungsfunktionen gegenwärtig und zukünftig besetzt werden sollen.*

² Verglichen wurde hier der Median der Bruttobezüge jener ArbeitnehmerInnen mit ganzjährigen Bezügen und Vollzeitbeschäftigung.

- *Erwartungen und Ansprüche an die Politik: Die Rahmenbedingungen, über die immer nur geredet wird, müssen geschaffen werden, um das wirtschaftliche Überleben der Regionen zu sichern. Die männlichen Interessen sind nicht deckungsgleich mit den Interessen der Frauen. Regionale Akteure wie Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer, die Sozialpartner etc. haben die Macht und die Möglichkeit, Veränderungen herbei zu führen. „Und sie werden das wollen müssen, wenn „Feuer am Dach“ ist und die jungen Menschen und die Frauen nicht mehr in unsere Regionen zurück wollen.“*
- *Abwanderung qualifizierter Frauen verhindern! Immer mehr Frauen verfügen in den beiden Grenzregionen über sehr qualifizierte Berufsabschlüsse, geeignete Arbeitsplätze sind jedoch kaum vorhanden. Die Folge ist, dass ein erheblicher Teil dieser qualifizierten und oft sehr engagierten Frauen in die sog. Metropolregionen auswandert. Beim Unternehmerinnen-Frühstück stellte eine Teilnehmerin dazu fest: „Geht die Frau, stirbt das Land!“ Weil diese Frauen ein erhebliches Potenzial zu einer erfolgreichen Entwicklung der Region sind, müssen Unternehmen ebenso wie die Wirtschaftsförderung der Kommunen attraktive Angebote entwickeln.*

Je höher der Bildungsabschluss, desto größer die Erwerbsbeteiligung

Einkommenschancen hängen wesentlich von der Erwerbsbeteiligung und vom Ausmaß der Erwerbstätigkeit ab. 2016 hatten in Tirol Frauen ein durchschnittliches Bruttojahresgehalt von 21.282,- Euro und Männer 36.540,- Euro. In der Statistik des Bayerischen Landesamtes wird Voll- und Teilzeitbeschäftigung differenziert: In Bayern verdienten vollbeschäftigte Frauen 2014 ein Bruttojahresgehalt von 41.106,- Euro und Männer 51.835,- Euro. Teilzeitbeschäftigte Frauen hatten ein durchschnittliches Bruttojahresgehalt von 21.692,- Euro und Männer 24.635,- Euro (Statistik Austria 2017a; Bayerisches Landesamt für Statistik 2017).

Die gezielte Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit ist seit 1997 fixer Bestandteil der Europäischen Beschäftigungsstrategien, verbunden mit dem Ziel der Chancengleichheit (vgl. Héritier 2005). Im Jahr 2017 lag nach dem Labor-Force-Konzept die Erwerbsquote der Frauen in Österreich bei 71,8 Prozent, die der Männer – jeweils der 15- bis 64-Jährigen – bei 81 Prozent, gesamt 76,4 Prozent (Statistik Austria 2018a). In Tirol lag die Erwerbsquote der Frauen demgegenüber bei 65 Prozent, die der Männer bei 76 Prozent. Obwohl in Tirol in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg der Frauenerwerbsarbeit zu verzeichnen war, liegt die Quote mit 6 Prozentpunkten deutlich unter dem österreichischen Wert. Ein weiteres Charakteristikum Tirols ist, dass auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen zwischen 35 und 55 Jahren unter dem Österreich-Durchschnitt liegt. Das bedeutet, dass die „Famili-enphase“ massive Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen hat. Überdies variiert die Erwerbsbeteiligung auch stark nach Bildungsabschluss, Religion und Staatsangehörigkeit. Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist die Erwerbsbeteiligung bei Frauen als auch bei Männern (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 46).

Innerhalb Tirols variiert die Erwerbsquote von Frauen stärker als die von Männern. Bei den Regionen ist Landeck mit einer Frauenerwerbsquote von 54 Prozent besonders schwach, wie auch Reutte mit 61 Prozent. Demgegenüber liegt die Erwerbsquote von Frauen in Innsbruck Land bei 69 Prozent, in Schwaz bei 66 Prozent (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 45-49). Allerdings sind auch innerhalb der Bezirke zum Teil große Unterschiede festzustellen. Die IHS-Analyse zur Gleichstellung in Tirol hält dazu fest, dass es sich für Frauen aufgrund der niedrigen Einkommenschancen oder auch

eingeschränkten Arbeitszeiten oft nicht lohne weiter auszupendeln. Wesentliche Aspekte hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung sind neben der regionalen Wirtschaftsstruktur, dem Angebot an staatlichen sozialen Dienstleistungen in Kinderbetreuung und Pflege, auch die Verkehrsanbindung, die Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt die gesellschaftliche Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit (Amt der Tiroler Landesregierung 2016b, 12-14).

In Deutschland lag die Erwerbsquote der 15- bis 65-Jährigen³ 2017 bei 75,2 Prozent, die Quote der Männer lag dabei auch hier mit 78,9 Prozent höher, als die der Frauen, die bei 71,5 Prozent lag (Statistisches Bundesamt 2018a, 364). Die Zunahme der Erwerbstätigkeit von 2007 bis 2017 stellt sich bei Frauen und Männern unterschiedlich dar: Während bei den Männern die Zahl der Vollzeiterwerbstätigen in diesem Zeitraum von 13,8 Millionen auf 15,4 Millionen anstieg und die der Teilzeitbeschäftigten von 0,9 auf 1,9 Millionen, war bei den Frauen der Zuwachs fast ausschließlich auf die Zunahme an Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen. Die Zahl der vollbeschäftigten Frauen betrug 2007 und 2017 7,8 Millionen, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg aber von 4,2 auf 7,1 Millionen an.

Einbrüche in der Frauenbeschäftigung sind auch hier in der Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen festzustellen (Bundesagentur für Arbeit 2018, 9-10). Bayern weist eine Frauenerwerbsquote auf, die mit 73 Prozent (im Jahr 2015) über dem Bundesschnitt liegt. Auch hier zeigt sich ein deutlicher Einbruch der Vollerwerbstätigkeit bei den Frauen ab einem Lebensalter von 35 Jahren. Sind im Alter zwischen 25 und 34 Jahren noch 62 Prozent der Frauen voll erwerbstätig, so sinkt dieser Anteil bei den 35 bis 44-Jährigen auf 38 Prozent und bei den 45- bis 54-Jährigen auf 35 Prozent. Parallel dazu steigt die Teilzeiterwerbstätigkeit der Frauen: sind es in der Altersgruppe von 25 bis 34 noch 27 Prozent, so sind es bei jener zwischen 35 und 44 bereits 47 Prozent und bei den 45- bis 55-Jährigen 49 Prozent. Bei den Männern ist hingegen ein gegenteiliger Trend zu beobachten – die Vollerwerbstätigkeit ist deutlich höher als bei den Frauen und nimmt in den Altersgruppen, in denen traditionell die Familiengründung ansteht, noch einmal zu (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2017, 245-246).⁴

Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse

Das weist darauf hin, dass sich auch hier der Befund bestätigt, dass mit der Familiengründung in der Regel eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen einhergeht. Während Frauen ihre Erwerbsarbeit reduzieren und mehr unbezahlte Arbeit in der Familie leisten, erhöhen Männer ihre Erwerbstätigkeit und leisten kaum Pflege und Versorgungsarbeit. Neben traditionellen Geschlechterrollenbildern spielen hier auch die Rahmenbedingungen, die staatlicherseits in Pflege und Kinderbetreuung und -erziehung zur Verfügung gestellt werden, eine wesentliche Rolle (dazu weiter unten noch ausführlicher). Ausdruck findet dies auch in der Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern. Dass Frauen wesentlich mehr unbezahlte Arbeit leisten, beeinträchtigt ihre Chancen bzw. ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, ein existenzsicherndes Einkom-

3 Erwerbsquoten beziehen sich in Deutschland oft auch auf die Gruppe der 20- bis 65-Jährigen, wodurch sich eine höhere Erwerbsquote ergibt, da die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen meist noch in Ausbildung und nicht erwerbstätig ist.

4 Für die Ebene des Landkreises Garmisch-Partenkirchen sind keine Erwerbsquoten von Frauen verfügbar. Das Bayerische Landesamt für Statistik stellt lediglich Zahlen über den Anteil der Frauen an den Beschäftigten zur Verfügung.

men zu erzielen. Der Befund des Frauenberichtes der österreichischen Frauenministerin von 2010 lautete, dass sich an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu Lasten der Frauen seit 1995 kaum etwas verändert hat, obwohl ein Großteil zumindest theoretisch ein nicht-traditionelles Geschlechterverhältnis befürwortet. Männer leisten nur etwas mehr als ein Viertel der gesamten unbezahlten Kinderbetreuung und nur ein knappes Viertel der übrigen Hausarbeit (Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst 2010, 458, 429).

In Deutschland sieht die Situation ganz ähnlich aus: So stellte etwa auch die Böckler-Stiftung eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen in der Familiengründungsphase fest. In Haushalten mit Kindern unter sechs Jahren haben Väter die längsten durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten, während Mütter aus diesen Haushalten die kürzesten durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten aufweisen. Die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit besteht dabei unabhängig vom Qualifikationsniveau (WSI 2017).

Das traditionelle Familienerhalter-Modell erodiert zwar und Menschen befürworten theoretisch ein partnerschaftliches Lebensmodell, die Praxis sieht jedoch anders aus. Jane Lewis (2007, 52) bezeichnete dies als „Eineinhalb-Ernährer-Modell“. Das „alte“ Familienerhalter-/Hausfrauen-Modell existiert modernisiert weiter: Selbst wenn Lebensformen partnerschaftlicher geworden sind und Frauen u.a. durch eigenständiges Einkommen mehr Autonomie erworben haben, ändert sich dies, sobald Kinder zu betreuen oder kranke, alte Angehörige zu pflegen sind. Hier übernehmen nach wie vor Männer die Familienerhalter-Rolle, Frauen die Pflege- und Erziehungsarbeit. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Reproduktionsbereich sorgt so nach wie vor dafür, dass Frauen am Arbeitsmarkt weniger konkurrenzfähig sind und von einem männlichen Familienerhalter abhängig bleiben oder – vor allem als Alleinerzieherinnen – arm oder armutsgefährdet sind.

Teil 2. Bildung und Mobilität

Bildung war ein wesentliches Thema der Ersten Frauenbewegung im 19. Jahrhundert – und hier vor allem (wenn auch nicht nur) der bürgerlichen Frauenbewegung. Dabei ging es einerseits darum, Unwissenheit und fehlende Bildungschancen zu bekämpfen. Die fehlende Bildung hatte auch zur Folge, dass Frauen aus den höheren Klassen keine Erwerbsmöglichkeiten hatten. Eine eigenständige Existenzsicherung war nicht vorgesehen und wurde als unschicklich erachtet. Dennoch entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland wie auch in Österreich ein Bildungswesen für Mädchen, jenseits der engen Grenzen, die Bildung für Mädchen und Frauen ausschließlich in Hinblick auf Mutterschaft, „Mütterlichkeit“ und „Häuslichkeit“ als angebracht erachteten. Alle Bildung und Ausbildung für Mädchen jenseits der elementaren Bildung war privaten und kirchlichen Einrichtungen überlassen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bekamen Mädchen und Frauen nach und nach Zugang zu höherer Bildung und ab den 1890er Jahren öffneten sich auch die Universitäten – eine Fakultät nach der anderen, zuletzt die theologische Fakultät – den Frauen. Nötig war dazu allerdings der massive Druck der Frauenbewegung (Jacobi 1994; Friedrich 1999).

Aufholprozess der Frauen in der Bildung

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen bleiben die Geschlechterbilder der Aufklärung auch im Bildungswesen lange wirksam und sorgen bis in die 1980er Jahre hinein für geschlechtsspezifisch unterschiedliche gesetzliche Regelungen (wie z.B. beim Handarbeits- bzw. Werkunterricht). Disparitäten zwischen den Geschlechtern bestehen jedoch bis heute, denn die Wahl der Ausbildungen, Lehrberufe oder der universitären und Fachhochschulstudien folgen immer noch frauen- und männertypischen Berufsbildern. Durch die Bildungsexpansion ab den 1960er und noch mehr ab den 1970er Jahre konnten Frauen sehr stark aufholen, was ihre Ausbildung betrifft. Die Intention war die, eine stärkere soziale Durchmischung des Bildungssystems zu befördern, was allerdings sowohl in Deutschland als auch in Österreich kaum gelang. Der Aufholprozess der Frauen im Bildungsbereich führte dazu, dass in Österreich schon seit Beginn der 1990er Jahre mehr Frauen als Männer ein Studium aufnahmen. In Deutschland verzögerte sich dieser Prozess: 1995 lag der Anteil der Frauen unter den Studierenden bei 44 Prozent, erst in den 2000er Jahren gleicht sich die Zahl der Frauen jener der Männer langsam an und 2012 lag der Frauenanteil an den Universitäten in Ost- und West-Deutschland schließlich bei 50,5 bzw. 50,4 Prozent. Die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im Bildungssystem rückte damit aus dem Fokus, abgesehen von Initiativen des Arbeitsmarkt-Service (AMS) in Österreich wie „Frauen in die Technik“ (FIT), die die geschlechtsspezifische Ausbildungswahl thematisieren.

Seit ein paar Jahren sorgt die Rede von „Buben als Bildungsverlierer“ für Aufmerksamkeit, wobei hier gerne – insbesondere von einer an essentialistischen Geschlechterbildern orientierten „Männerforschung“ – eine Feminisierung der Erziehung in der vor- und außerschulischen Erziehung und Betreuung sowie in den Grund- und Volksschulen als Ursache genannt wird. Allerdings gibt es kaum Forschung, die sich mit den Ursachen der bei Burschen häufiger auftretenden Erziehungsproblemen und Verhaltensauffälligkeiten oder den schlechteren Leistungen befasst. Im Vergleich zu den sozialen Benachteiligungen handelt es sich allerdings um ein geringes Problem, das nur vor dem Hintergrund einer antifeministischen Grundströmung in der Gesellschaft hohe Aufmerksamkeit bekam

(Geißler 2014, Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 24). Denn selbst wenn Burschen und junge Männer im Bildungssystem schlechtere Leistungen erbringen, beeinträchtigt das ihre Erwerbs- und Einkommenschancen bislang ganz und gar nicht, wie die entsprechenden Daten belegen.

Geschlechtergerechtigkeit durch mehr Bildung

Dass Bildung ein Schlüssel für die Verwirklichung von Lebenschancen und für Selbstentfaltung ist, war schon Thema der Ersten als auch der Zweiten Frauenbewegung. Wie sehr sich der Grad der Ausbildung bzw. der Qualifikation ganz unmittelbar auf die Erwerbsbeteiligung und damit auch auf das Armutsrisiko auswirkt, zeigen Daten immer wieder. Allerdings ist hier ein großer Unterschied zwischen Frauen und Männern zu bemerken: geringe Qualifikation hat bei Männern eine weniger negative Auswirkung auf die Erwerbsbeteiligung als bei Frauen. Ein Ländervergleich in Westeuropa zeigte etwa, dass in Deutschland gering qualifizierte Frauen 2010 eine Erwerbsquote von knapp unter 50 Prozent, in Österreich knapp über 50 Prozent aufwiesen, während die Erwerbsquote der hochqualifizierten Frauen in beiden Ländern zwischen 80 und 85 Prozent lag (Mendolicchio/Rhein 2012, 3). Wie sehr sich die Bildungsexpansion und der Aufholprozess der Frauen im Bildungsbereich auf die Bildungsabschlüsse auswirkte, zeigt ein Vergleich der höchsten abgeschlossenen Schulbildung nach Alter und Geschlecht.

Höchste abgeschlossene Schulbildung nach Alter und Geschlecht in Tirol (2012)

	Tirol		25-34 Jahre		35-44 Jahre		45-55 Jahre		55-64 Jahre	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
PS	24%	15%	16%	13%	19%	14%	25%	16%	36%	21%
Lehre	30%	44%	27%	42%	31%	44%	31%	46%	29%	44%
BMS	20%	14%	17%	13%	20%	14%	23%	16%	21%	14%
BHS/Kolleg	8%	8%	13%	11%	9%	9%	5%	7%	2%	3%
AHS	5%	4%	7%	6%	5%	4%	4%	4%	3%	3%
Hochschule	14%	14%	20%	15%	16%	15%	12%	12%	9%	12%

PS = Pflichtschule und Personen ohne Pflichtschulabschluss; BMS = Berufsbildende mittlere Schule; BHS/Kolleg = Berufsbildende höhere Schule mit Ausbildungen in Kollegs; AHS = Allgemein höher bildende Schule; Hochschule = Hochschule und hochschulverwandte Ausbildungen. Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 25.

Während bei den 55- bis 64-Jährigen Tirolerinnen nur 9 Prozent einen Hochschulabschluss aufweisen, sind es bei den 25- bis 43-Jährigen bereits 20 Prozent. Damit liegt der Akademikerinnenanteil in dieser Altersgruppe bei den Frauen um 5 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Allerdings ist der Anteil der Frauen mit maximal einem Pflichtschulabschluss – eine Gruppe mit erhöhtem Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko – durchgängig bei allen Alterskohorten und im Durchschnitt deutlich höher. Ein Unterschied zeigt sich noch im Verhältnis von Lehre (Ausbildung im dualen System) und

berufsbildenden mittleren und höheren Schulen: Während die Burschen eher zu einer Lehre tendieren, besuchen Mädchen eher eine BMS oder eine BHS (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 24-26).

In Bayern stellt sich die Situation ähnlich wie in Tirol dar, auch wenn hier zu beachten ist, dass der Bayerische Bildungsbericht eine andere Einteilung der Alterskohorten vornimmt, die Schulabschlüsse anders unterscheidet und Hochschulabschlüsse in dieser Statistik nicht angeführt werden. Die Tendenz einer Zunahme weiblicher Bildungsbeteiligung und höhere Abschlüsse lassen sich auch hier nachvollziehen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Schulabschlüsse nach Alter und Geschlecht in Bayern (2012)

	Tirol		20-35 Jahre		35-50 Jahre		50-65 Jahre		65 + Jahre	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
OAS	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	5%	3%
H/MS	45%	48%	23%	34%	34%	42%	51%	52%	70%	65%
MSA	28%	20%	28%	25%	34%	22%	28%	18%	17%	12%
HR	24%	30%	42%	38%	30%	33%	19%	27%	8%	20%

OAS = ohne allgemeinbildenden Schulabschluss; H/MS = Haupt-/Mittelschulabschluss; MSA = mittlerer Schulabschluss; HR = Hochschulreife. Quelle: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung 2015.

Während 42 Prozent der jungen Frauen zwischen 20 und 35 Jahren die Hochschulreife erlangten, waren dies bei den Frauen zwischen 50 und 65 lediglich 19 Prozent, bei den über 65-Jährigen nur 8 Prozent. Die Ausbildungswahl wird auch in Bayern von Geschlechterstereotypen beeinflusst: junge Frauen setzten ihre Schwerpunkte nach wie vor wesentlich seltener in Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaft und Technik (MINT). Bei den Berufsschulen waren etwa im Feld Wirtschaft und Verwaltung 61 Prozent Frauen, bei dem Feld Ernährung 58 Prozent, während in den Bereichen Elektrotechnik (7 Prozent), Metalltechnik (5 Prozent) und Fahrzeugtechnik (3 Prozent) der Frauenanteil verschwindend gering ist.

Bei den Studienfächern zeigt sich ein ähnliches Bild: Sprachen, Kultur, Kunst studieren zu 72 Prozent Frauen und Medizin/Gesundheit zu 70 Prozent, die MINT-Fächer studieren nur zu 30 Prozent Frauen; mehr oder weniger ausgeglichen ist der Bereich Recht, Wirtschaft, Soziales mit 45 Prozent Männeranteil und 55 Prozent Frauenanteil. Allerdings nützen Frauen ihre Qualifikationen, die sie sich im Schulwesen durch höhere Bildungsbeteiligung erworben haben, seltener für ein Studium als Männer. Von jenen, die 2008 ihre Studienberechtigung erworben haben, begannen 77 Prozent der Frauen und 85 Prozent der Männer ein Hochschulsstudium in Bayern (Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung 2015, 224-231).

Bildung bleibt geschlechtsspezifisch

Der Gleichstellungsbericht für Tirol weist die geschlechtsspezifische Studienwahl nicht aus, die Zahlen der Universität Innsbruck zeigen aber auch hier eine nach wie vor traditionelle geschlechtsspezifische Wahl. Auch wenn dies nicht einfach auf die Studienabschlüsse der Tiroler Wohnbevölkerung umzulegen ist, zeigt sich doch ein Trend: So waren im Wintersemester 2017/18 81 Prozent der Studierenden der Bildungswissenschaftlichen Fakultät Frauen und 19 Prozent Männer. An der Fakultät für Technische Wissenschaften waren 15 Prozent der Studierenden Frauen und 85 Prozent Männer, an der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät waren 79 Prozent Frauen und 21 Prozent Männer, während sich an der Fakultät für Mathematik, Informatik und Physik das Geschlechterverhältnis genau umgekehrt darstellte: 21 Prozent Frauen und 79 Prozent Männer (Universität Innsbruck 2018).

Aber nicht nur bei den Hochschulstudien, auch bei der Lehre bzw. der beruflichen Ausbildung im dualen System dominieren in Tirol als auch in Bayern bei Mädchen und bei Burschen die traditionellen Berufsbereiche. In beiden Ländern absolvieren mehr Burschen als Mädchen eine berufliche Ausbildung im dualen System bzw. eine Lehre. Festzuhalten ist auch, dass das Bildungsniveau (und damit die Einkommenschancen) regional unterschiedlich verteilt sind. In Bayern wird vor allem in den nördlichen und östlichen Regionen Handlungsbedarf in Hinblick auf den Zugang zu Bildung gesehen (ebd., 232-233). In Tirol konzentrieren sich Akademikerinnen erwartungsgemäß auf die Bezirke Innsbruck und Innsbruck-Land. Landeck, Reutte und Schwaz weisen den geringsten Akademikerinnenanteil auf und zugleich (mit Imst und Kufstein) den höchsten Anteil an Frauen (25 Prozent oder mehr) mit nicht mehr als einem Pflichtschulabschluss. Der Anteil der Männer mit nur einem Pflichtschulabschluss ist in allen Bezirken sehr viel geringer als bei den Frauen. Hier ist aber auch festzuhalten, dass besser qualifizierte Frauen und Männer eine höhere Mobilität aufweisen, aber auch, dass ausbildungs-adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten jenseits der Ballungszentren oft nicht zu finden sind. Ein Faktor, der die Abwanderung aus den ländlichen Regionen in die städtischen Zentren befördert (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 27-28). Aussage bei einer Projektveranstaltung: „Der regionale Arbeitsmarkt zwingt uns Frauen mit Familie, uns unter unserem eigenen Wert zu verkaufen!“

Abwertung von Frauenarbeit

Aus den Daten und der sich offenbar verfestigenden geschlechtsspezifischen Segregation im Bildungsbereich wird in der Regel die Aufforderung abgeleitet, dass Frauen verstärkt in technische, naturwissenschaftliche Ausbildungen und Berufe einsteigen sollen. So sehr eine stärkere geschlechtsspezifische (aber auch soziale) Durchmischung der Berufe wünschenswert ist, so ist die Forderung doch auch kurzfristig und in Bezug auf die Ausbildungswahl von Frauen ausschließlich negativ orientiert. Die Abwertung von „Frauenberufen“ wird hier permanent wiederholt, obwohl klar ist, dass es sich um notwendige Tätigkeiten – etwa in der Pflege, Kinderbetreuung und Erziehung – handelt. Man könnte sagen, das Problem ist nicht, dass viele Frauen im Dienstleistungsbereich arbeiten, sondern was sie für ihre Arbeit bezahlt bekommen. Und was wäre die Folge, wenn alle aus den schlecht bezahlten Jobs flüchten? Auch wenn Frauen mehr verdienen könnten, wenn sie etwa in technische Berufe einsteigen, so zeigen historische Entwicklungen von Berufsfeldern, dass, wenn sie zunehmend von Frauen erobert wurden, Einkommenschancen und Prestige sanken, oder dass der Zugang für Frauen erst dann möglich wurde, wenn Ansehen und Verdienste im Sinken begriffen wa-

ren. Es gilt hier die Ergebnisse der Arbeitsforschung zur Kenntnis zu nehmen und nicht von „Fehlentscheidungen“ der Frauen zu sprechen.

Es geht hier ganz klar auch um die Bewertung von Arbeit, die in unseren Gesellschaften einer geschlechtsspezifischen Demarkationslinie folgt. Und es geht auch um die Dominanz eines Familienmodells, das immer noch von einem männlichen Familienerhalter und einer weiblichen Zuverdienerin ausgeht, von dem sowohl wirtschaftliche als auch politische EntscheidungsträgerInnen immer noch sehr stark geprägt sind.

Wenn wir über Arbeit, Arbeitsteilung und den Wert, der der Arbeit zugeschrieben wird, nachdenken, müssen einmal mehr die ideologischen Grundlegungen liberaler Theorie des 18. Jahrhunderts und die politischen und sozialen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts mit bedacht werden, die ihre langen Schatten bis in unsere Gegenwart werfen. Denn mit der „bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft [wurde] die Ressource ‚Geschlecht‘ neu ‚erfunden‘“ (Wetterer 2002, 43). Der Geschlechterdifferenz wurde in diesem historischen Kontext eine neue Bedeutung zugewiesen. Sie strukturierte die Gesellschaft und ist bis heute ein Instrument zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und zur Abwertung von Frauenarbeit.

Erfolgreiche Erwerbstätigkeit braucht Mobilität

Sowohl für Bildung (aber auch für die Erwerbstätigkeit) spielt die Mobilität eine wesentliche Rolle, denn der Großteil der Bildungsmöglichkeiten und auch der Arbeitsplätze konzentriert sich auf die Ballungszentren. Neben den regionalen spielen hier die geschlechtsspezifischen Unterschiede eine große Rolle, die in weiterer Folge entscheidend für gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe sind. Auffällig ist dabei, wie das Statistische Bundesamt und das WZB (2016, 342) im Datenreport für Deutschland 2016 feststellen, dass Berufs- und Ausbildungsverkehr nicht den Stellenwert einnimmt, wie oft erwartet – er macht nur ein Sechstel des Verkehrsaufwands aus. Bedeutsamer sind Freizeit- und Versorgungswege (ebd., 343). Eine geschlechtsspezifische Analyse bietet der Datenreport leider nicht, auch andere Studien zur Mobilität in Bayern geben kaum Auskunft über geschlechtsspezifische Unterschiede in Hinblick auf Wege, Häufigkeit und Länge der Wege sowie Verkehrsmittel etc.

Eine für den deutschsprachigen Raum herausragende Studie haben Bente Knoll et al. (2013) für die Mobilität in Tirol vorgelegt, aus der bestimmte Erkenntnisse verallgemeinerbar sind. Die geschlechtsspezifischen Besonderheiten in den Mobilitätsmustern verweisen dabei auf geschlechtsspezifische Aufgabenverteilungen in der Gesellschaft. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Frauen tendenziell mehr Wege zurücklegen, die Wege sind dafür oft in Hinblick auf Dauer und Länge kürzer. Die höhere Anzahl der Wege von Frauen, vor allem zwischen 25 und 49 Jahren, lassen auf einen komplexeren Tagesablauf und eine vielschichtigere Palette an Aufgaben als Männern schließen (ebd., 20).

Die Doppelverantwortung von Frauen in Beruf und Familie, die Regina Becker-Schmidt (1987) schon in den 1980er Jahren als „doppelte Vergesellschaftung“ von Frauen beschrieb, schlägt sich hier im Aufwand und deutlich unterschiedlichen Mobilitätsmustern nieder. So sind etwa 14,5 Prozent der Frauen- und 25,7 Prozent der Männerwege zum Zwecke der Arbeit, 13,7 Prozent der Frauen- und 7,8 Prozent der Männerwege sind Einkaufswege und 11,7 Prozent der Frauen- und 4 Prozent der Männerwege sind Bring- und Holwege (Knoll et al. 2013, 11).

Grundsätzlich sind es vor allem Betreuungsaufgaben, die die Zahl der Wege erhöhen, überdurchschnittlich hoch ist die Zahl der Wege bei teilzeitbeschäftigten Frauen, da sie in der Regel auch die Bring- und Holwege etwa zu Kinderbetreuungseinrichtungen erledigen (ebd.).

Erschwerte Mobilität in ländlichen Regionen

Eine wesentliche Rolle spielt bei der Mobilität auch die Raumstruktur: handelt sich z.B. um einen verdichteten oder einen wenig verdichteten Raum? Stehen öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung und in welchem Ausmaß? Oder: Sind Wege auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu bewältigen? Während in den Ballungszentren, also den verdichteten Räumen sehr viel mehr an Wegen zu Fuß, mit dem Rad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, steht im ländlichen, wenig verdichteten Raum der private PKW im Vordergrund, wobei sich die PKW-Nutzung der Frauen jener der Männer angleicht.

Tatsache ist, dass in Tirol 60 Prozent der Erwerbstätigen pendeln müssen, weil Wohn- und Arbeitsort in verschiedenen sind. Während 63 Prozent der Männer pendeln, sind es bei den Frauen 56 Prozent. Auch Elternschaft hat einen signifikanten Einfluss auf das Pendeln: Während Frauen mit Kindern unter 15 Jahren seltener pendeln, pendeln Männer mit Kindern unter 15 Jahren häufiger. Bei Frauen steigt hingegen der Anteil der Pendlerinnen bei höherer Ausbildung, bei Männern wirkt sich die Schulbildung wenig auf das Pendelverhalten aus (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 16-21).

Bei den Veranstaltungen im Rahmen des Interreg-Projektes betonten die Frauen, dass sowohl in der Region Reutte als auch in der Region Garmisch-Partenkirchen die Mobilität vor allem für Frauen eine große Herausforderung darstellt: Es sind lange Wegzeiten zu bewältigen, meist steht nur ein Auto pro Familie zur Verfügung, das in der Regel vom Mann für das Pendeln zur Arbeit genutzt wird. Auch die finanzielle Belastung durch einen privaten PKW wurde thematisiert. Die Intervalle des öffentlichen Verkehrs wurden als wenig zufriedenstellend beschrieben (es gab sogar Kürzungen im öffentlichen Verkehr). Überprüft werden müsste auf jeden Fall die Tarifgestaltung im ÖPNV: So könnte etwa ein „Sozialticket“ (Beispiel München) für die Bahn eingeführt werden, insbesondere für BezieherInnen von Arbeitslosengeld, möglicherweise auch für GeringverdienerInnen.

Weitere Wünsche zum Thema Mobilität waren: Ausreichende Verkehrsmittel dort, wo die Menschen arbeiten und zwar angepasst an die Arbeitszeiten; Bahnfahren durch zweigleisigen Streckenausbau schneller machen (z. B. München-Garmisch) und vor allem mehr flexible Arbeitsmöglichkeiten durch IT-Kommunikation / Homework.

Knoll et al. geben zu bedenken, dass eine Neudefinition der Zielgruppen in der Verkehrsplanung nötig ist, die sich nicht länger am vollzeiterwerbstätigen, männlichen, gesunden, 40-jährigen PKW-Lenker orientieren darf, sondern der Vielfalt an Lebens- und Mobilitätsmustern von Menschen in unserer Gesellschaft Rechnung tragen muss (Knoll et al. 2013, 23). Vor allem gilt es dabei, Fragen der Betreuung, der Pflege und der sozialen Infrastruktur zu berücksichtigen. Instrumente wie Gender Mainstreaming können dabei helfen den Fokus der Aufmerksamkeit zu verbreitern, damit geschlechtsspezifische Disparitäten besser in den Blick kommen.

Teil 3. Soziale Infrastruktur

Kinderbetreuung noch immer Frauensache

Die Soziale Infrastruktur ist neben der Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern entscheidend für die Arbeitsmarktintegration von Eltern, vor allem von Frauen, und in der Folge auch für ihre Einkommenschancen und Armutsrisiken. Wie oben schon ausgeführt, folgt die Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern in der Regel traditionellen Mustern, sobald Kinder zu betreuen sind, aber auch wenn kranke und/oder alte Menschen zu pflegen⁵ sind.

Wenngleich eine partnerschaftliche Teilung der Verantwortung für Kinder von der Mehrheit befürwortet wird, sieht die Realität immer noch anders aus. Das hängt auch davon ab, was die Politik an Steuerungsinstrumenten einsetzt, um Männern eine Karenz oder Elternzeit zu ermöglichen. 2017 sind in Österreich knappe 4 Prozent der BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld Männer (Statistik Austria 2018c). Der geringe Anteil erklärt sich auch aus der geringen Dauer der Nutzung durch die Väter, der sich meist auf die Zeit nach der Geburt des Kindes beschränkt. In Tirol wird überdurchschnittlich oft die längste Kinderbetreuungsgeld-Variante (30 + 6 Monate) genutzt. 43% der Eltern bzw. Mütter in Tirol entscheiden sich für diese Variante, die über die arbeitsrechtliche Karenzzeit (2 Jahre) hinausgeht und die Wiedereinstiegsproblematik verschärft (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 68-70). Im Väterreport für Deutschland wird festgestellt, dass es zwar 60 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren ideal fänden, wenn sich beide Partner gleichermaßen in Familie und Beruf einbringen könnten, tatsächlich gelebt wird dies aber nur von 14 Prozent der Eltern. Dennoch wird festgehalten, dass die Einführung des Elterngeldes eine „kleine Kulturrevolution“ ausgelöst habe, da immer mehr Väter für einen befristeten Zeitraum ihre Arbeitsstunden reduzierten oder vorübergehend ganz aus der Erwerbsarbeit ausstiegen, um Zeit für Kinder und Familie zu haben. Auch in Deutschland ist die Dauer der Nutzung des Elterngeldes bei den Vätern gering: 58 Prozent beziehen nur für zwei Monate Elterngeld, 42 Prozent entscheiden sich für eine längere Nutzung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, 6, 16, 18).

Ausbau flexibler Kinderbetreuung als Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit

Im Zug der Europäischen Beschäftigungsstrategie (seit 1997) fand ein Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in allen Mitgliedsländern der EU statt, nicht zuletzt, weil Frauenerwerbsquoten ganz wesentlich von Möglichkeiten der institutionalisierten Kinderbetreuung abhängen. Für die Gruppe der 3- bis 5-Jährigen ist eine wesentliche Verbesserung festzustellen, allerdings ist die Versorgung der 0- bis 2-Jährigen mit Betreuungsplätzen vor allem im ländlichen Raum noch nicht zufriedenstellend.

⁵ Obwohl die Pflege alter Menschen ebenso Fragen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, nach Chancen der Teilhabe am Arbeitsmarkt und letztlich auch der Möglichkeit des Wiedereinstiegs und Fragen nach dem Armutsrisiko von Frauen aufwirft, hat sich das vorliegende Projekt nicht auf diesen Bereich bezogen. Anzumerken bleibt, dass auch dies ein Bereich ist, der vor allem von Frauen getragen wird und in dem ein Ausbau sozialer Infrastruktur nötig ist.

2002 setzte die Europäische Union mit dem Barcelona-Ziel eine weitere Initiative zur Beseitigung von Hemmnissen der Frauenerwerbstätigkeit. Demnach sollten bis 2010 für 33% der unter 3-Jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Während Deutschland 2017 das Barcelona-Ziel erreichte und aktuell bei einer Betreuungsquote von 33,6 Prozent liegt, liegt die Betreuungsquote in Österreich mit 26,1 Prozent immer noch weit unter der Vorgabe (Statistik Austria 2018b). Allerdings haben sowohl Bayern als auch Tirol das Barcelona-Ziel noch nicht erreicht. In Bayern liegt die Betreuungsquote der 0- bis 2-Jährigen 2017 bei 27,5 Prozent in Tirol bei 26,3 Prozent (29,5 Prozent, wenn Kinderspielgruppen und Tageseltern hinzugerechnet werden). In Oberbayern liegt dieser Anteil 2017 bei 28,7 Prozent, im Bezirk Reutte bei 20,8 Prozent (eine schlechtere Quote weisen unter den Tiroler Bezirken nur Lienz und Landeck auf), im Landkreis Garmisch-Partenkirchen beträgt die Betreuungsquote der 0-bis 2-Jährigen 2017 20,7 Prozent (eine schlechtere Betreuungsquote weisen die Landkreise Altötting, Berchtesgadener Land, Bad Tölz-Wolfratshausen, Mühldorf am Inn, Neuburg-Schrobenhausen, Rosenheim und Weilheim-Schongau auf) (Statistisches Bundesamt 2018b; Amt der Tiroler Landesregierung 2018, 5).

Regionale Defizite und notwendige Veränderungen

Obwohl die institutionelle Kinderbetreuung ausgebaut wurde, insbesondere in der Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen, gehören Tirol als auch Bayern nach wie vor zu den Ländern, in denen die Kinderbetreuung problematisch ist und sich unmittelbar auf die Erwerbsbeteiligung bzw. das Ausmaß (Stichwort: Teilzeit) der Erwerbsbeteiligung von Frauen auswirkt. Neben der Gruppe der 0- bis 2-Jährigen ist vor allen die Betreuung von Kindern im Volksschulalter nach der Schule problematisch. Die unregelmäßige Stundenschule verursacht hier mitunter größere Vereinbarkeits-Schwierigkeiten als die Öffnungszeiten der Kindergärten. Aber auch bei der Kinderbetreuungsquote wie auch beim Betreuungsangebot nach Altersgruppen sind erhebliche regionale Unterschiede festzustellen. Problematisch ist nach wie vor die Nachmittagsbetreuung in den Kinderkrippen, den Kindergärten und den Schulen sowie die Mittagsbetreuung und -verpflegung (Amt der Tiroler Landesregierung 2016a, 70-75).

Die Statistik des Landes Tirol zeigt, dass 2017 um 7.00 Uhr in der Früh 76 Prozent der Einrichtungen (2013 waren es noch 65 Prozent) (Amt der Tiroler Landesregierung 2014, 22), um 7.30 98 Prozent um ab 8.00 Uhr alle geöffnet waren. Der übliche Vollbetrieb lief nur bis 12.00 Uhr; in der Folge bieten 54 Prozent von Montag bis Donnerstag nach 14.00 Uhr noch Betreuung an, nach 16.30 sind es noch 30 Prozent und nach 19.00 Uhr sind alle Kinderbetreuungseinrichtungen bis auf eine Ausnahme geschlossen. Nur 5 Prozent bieten eine Betreuung bis 17.30 Uhr an, Freitagnachmittag sind ab 14.00 Uhr 71 Prozent der Einrichtungen geschlossen.

Neben den Tagesöffnungszeiten ist die Möglichkeit des Mittagessens im Kindergarten wesentlich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Hier bieten 65 Prozent der Tiroler Einrichtungen einen Mittagstisch an, genutzt wird das Angebot von 29 Prozent, Im Bezirk Reutte bieten 30 Prozent der Einrichtungen einen Mittagstisch, der zu 19 Prozent genutzt wird. Bei den Kinderkrippen (für die Gruppe der unter 3-Jährigen) bieten 93 Prozent der Einrichtungen einen Mittagstisch an, der von 54 Prozent der Kinder in Anspruch genommen wird. In Reutte bieten 89 Prozent der Krippen ein Mittagessen an, das von 51 Prozent der Kinder in Anspruch genommen wird. In den Horten für die schulpflichtigen Kinder bieten alle Einrichtungen einen Mittagstisch an, er wird zu 84 Prozent genutzt (Amt der Tiroler Landesregierung 2018, 25-29, 40-41, 50).

Problematisch sind vor allem die Öffnungszeiten während der Schulferien – hier haben immer noch viele Kindergärten geschlossen. In Tirol haben nur 10 Prozent der Einrichtungen zwischen 50 und 52 Wochen im Jahr geöffnet, 35 Prozent haben zwischen 45 und 49 Wochen geöffnet, 18 Prozent haben zwischen 40 und 44 Wochen geöffnet und 37 Prozent haben 39 Wochen oder weniger geöffnet (ebd., 24-25).

Öffnungszeiten im Jahr, 2016/2017

Geöffnete Wochen	39 und weniger Wochen	40 bis 44 Wochen	45 bis 49 Wochen	50 bis 52 Wochen
Einrichtungen in Prozent	37	18	35	10

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung 2018, eigene Berechnungen.

In den Schulferien haben die meisten Kindergärten geschlossen. 2017/18 hatten nur 6 Prozent der Kindergärten während der Sommerferien geöffnet, bei den Kinderkrippen waren es 25 Prozent und bei den Horten 6 Prozent – insgesamt waren 13 Prozent der Einrichtungen in dieser Zeit geöffnet. Das lässt erahnen, vor welche Schwierigkeiten erwerbstätige Eltern, vor allem Frauen hier gestellt werden. Während der Weihnachtsferien ist die Situation nicht viel besser, hier haben 8 Prozent der Kindergärten geöffnet, insgesamt haben 14 Prozent aller Einrichtungen geöffnet, in den Osterferien sind es 21 Prozent der Kindergärten und 37 Prozent aller Einrichtungen, in den Semesterferien sind 44 Prozent der Kindergärten und 60 Prozent aller Einrichtungen geöffnet (ebd. 30). Insbesondere die Einhaltung von Sommerferien muss als Anachronismus bezeichnet werden, der aus einer Zeit herührt, als Kinder aus der bäuerlichen Bevölkerung im Sommer in den landwirtschaftlichen Betrieben mithelfen mussten. Ein Umstand, der schon seit mehreren Jahrzehnten seine Bedeutung verloren hat.

Bei einem Gespräch mit ExpertInnen im Rahmen des Interreg-Projektes im April 2018 wurde festgehalten, dass die Betreuungseinrichtungen am Land überwiegend um 14.00 Uhr schließen. Insbesondere die Betreuung durch Tagesmütter wird dann überwiegend zu den Randzeiten – vor und vor allem nach den Öffnungszeiten der institutionellen Kinderbetreuung – gebraucht. Diese Randzeiten können sich bis 20.00 oder 21.00 Uhr ausdehnen. Ein Thema ist auch, dass die private Kinderbetreuung gerade für Alleinerzieherinnen in der Regel nicht finanzierbar ist, während die öffentlichen Angebote oft zu wenig flexibel sind, was Arbeitszeiten anbelangt. Das bezeichnet auch einen wesentlichen Unterschied zu Bayern, wo die Betreuung zwischen 8.00 und 16.00 Uhr gewährleistet ist.

Als problematisch wird in Österreich erachtet, dass die Karenz auf 2 Jahre beschränkt, die Rückkehr in den Job aber schwierig ist, da die Mehrheit der Kinderbetreuungseinrichtungen Kinder erst ab 3 Jahren aufnimmt. Auch, dass die überwiegend männlichen Bürgermeister den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und eine flexible Gestaltung von Öffnungszeiten als nachrangig betrachten, wird problematisiert. Besonders schwierig ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Tourismus und in Betrieben mit Schichtarbeit, weil hier oft von den Normalarbeitszeiten abweichende Arbeitszeiten vorherrschen (ebd.). Projekthaft erprobte Möglichkeiten der Randzeitenbetreuung in Garmisch-Partenkirchen sollten daher möglichst weitflächig in allen Kommunen realisiert werden.

Das Kinderbetreuungsangebot entscheidet wesentlich über die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen. In einer Untersuchung der Situation in Reutte gab ein Viertel der Befragten an, dass sie bei adaptierten Öffnungszeiten mehr arbeiten oder einer anderen Beschäftigung nachgehen würden. Vor allem Pflichtschulabsolventinnen mit 37 Prozent und Akademikerinnen mit 30 Prozent würden mehr arbeiten wollen, bei jenen Frauen mit Lehre oder Fachschule sind es 21 bzw. 23 Prozent. Insbesondere Alleinerzieherinnen würden bessere Öffnungszeiten auch für mehr Erwerbsarbeit nutzen. Wie in der Untersuchung festgehalten wird, zeigt sich, dass in den letzten Jahren in Tirol ein beträchtlicher Ausbau von Kindergärten stattfand, dass es aber wünschenswert wäre, wenn nun in ähnlicher Weise in das nötige Personal investiert würde (REA 2018a).

Teilzeitarbeit führt zur (Alters-)Armut

Der Bericht zur sozialen Lage in Bayern weist in der Auseinandersetzung mit der Frage der Vereinbarkeit deutliche Mängel auf. So wird etwa betont, dass 73,4 Prozent der Mütter am Erwerbsleben teilnehmen, ohne die hohe Teilzeitquote vor allem bei Frauen ab 35 bzw. ab 45 Jahren zu erwähnen, die bei fast 50 Prozent liegt. Erwerbsquoten ohne konkrete Angaben zu den Beschäftigungsverhältnissen und das Stundenausmaß sind wenig aussagekräftig. Dass weniger als die Hälfte der Familien „selten oder nie Situationen im Arbeitsleben [haben], die die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben erschweren“ nimmt dann weniger Wunder, wenn die Teilzeitquote der erwerbstätigen Frauen dazu in Beziehung gesetzt wird.

Auch die Feststellung, dass bereits über die Hälfte der Bayerischen Kinderbetreuungseinrichtungen Öffnungszeiten von mehr als 45 Wochenstunden aufweisen, bedarf einer Differenzierung. Immerhin geben in dem Bericht 66 Prozent der Eltern an, dass die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen für sie problematisch seien. Hier wird auf die ergänzende Kindertagespflege verwiesen, durch die Betreuungsstunden außerhalb der regulären Öffnungszeiten angeboten werden. Auch wird in dem Bericht darauf verwiesen, dass in Bayern Teilzeitarbeit aufgrund der Situation in der institutionellen Kinderbetreuung eine größere Rolle spielt als im Bundesschnitt (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2017, 26, 172-173, 180). Merkwürdig mutet an, dass die Geschlechtsspezifika in Hinblick auf Betreuungspflichten, Kinderbetreuungseinrichtungen und Teilzeitarbeit z.T. negiert oder übergangen werden. Eine genaue Differenzierung von Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen, Mittagstische, Ferienschließzeiten fehlen, sodass Analysen zur Vereinbarkeit oberflächlich bleiben.

In einem Bericht zur Jugendhilfeplanung für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen von 2016 wird festgehalten, dass der Landkreis im Vergleich in dem Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben unterdurchschnittlich abschneidet (Amt für Kinder, Jugend und Familie, Landkreis Garmisch-Partenkirchen 2016, 101). Eine Elternbefragung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass 35 Prozent der befragten Mütter bei einer besseren Betreuung mehr arbeiten würden, bei den befragten Vätern würden 9 Prozent mehr arbeiten (BASIS-Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung GmbH o.J., 10-11).

- Regionalspezifische Kinderbetreuung! Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region sind häufig mit langen Fahrzeiten und oft mit flexiblen Arbeitszeiten (in beiden Regionen ist der Tourismus eine der wichtigsten Wirtschaftszweige) verbunden. Angesichts fehlender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (in beiden Regionen) braucht es flexible Betreuungszeiten für erwerbstätige Mütter und

Väter. Gemeinderätinnen in Reutte haben z. B. erreicht, dass die Schichtzeiten der örtlichen Metallfabrik an die Betreuungszeiten der Kinder angepasst wurden, um Vereinbarkeit für beide Elternteile zu sichern.

- In der Gesprächsrunde der ExpertInnen zur Kinderbetreuung wird festgehalten, dass eine Ausdehnung der Kinderbetreuungszeiten von 7.00 bis 17.00 Uhr wünschenswert wäre und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben massiv erleichtern würde. Äußerst positiv ist aber der Rechtsanspruch auf Betreuung in Deutschland ab einem Jahr. Auch wenn in den ländlichen Regionen die Betreuung für diese Altersgruppe noch nicht so gut ausgebaut ist, so ist für den städtischen Bereich festzuhalten, dass es fast kein Problem mehr darstellt, einen Krippenplatz zu bekommen. Damit wurde darauf reagiert, dass das Elterngeld 12 Monate lang bezogen und noch einmal um zwei Monate verlängert werden kann. Ein größeres Problem stellt die Betreuung der Grundschulkinder nach der Schule dar (Gesprächsrunde 18.04.2018 in Reutte).

Problematisch ist – stärker in Tirol als in Bayern – die lokale Verantwortlichkeit in der Kinderbetreuung und die landesgesetzliche Regelung. Gerade auf dem Land herrschen noch konservativere Geschlechterrollenbilder vor, die nicht nur einer selbstbestimmten Lebensführung von Frauen entgegensteht, sondern auch schlicht die wirtschaftlichen Erfordernisse, mit denen Frauen und Männer heute am Arbeitsmarkt konfrontiert sind, ignorieren. Ein gegenseitiges Lernen gerade in der Frage der Vereinbarkeit scheint wünschenswert (ebd.). Um die Bedürfnisse von Frauen (und Eltern) in dieser Frage in den Kommunen stärker einzubringen, ist eine angemessene politische Partizipation von Frauen eine wesentliche Voraussetzung.

Teil 4. Politische Partizipation und Repräsentation

Politische Strukturen – nicht für Frauen gemacht

Spricht man über die mangelnde Partizipation und Repräsentation von Frauen in unseren politischen Systemen, wird oft die Ursache bei den Frauen selbst gesucht. Außer Acht gelassen wird hier meist, dass dieses politische System zunächst nicht für Frauen „gemacht“ wurde und Frauen lange Zeit als durch das „Familienoberhaupt“ oder den Ehemann repräsentiert, betrachtet wurden (Hardmeier 2004, 151). Frauen waren im 19. Jahrhundert sogar explizit aus der politischen Organisation ausgeschlossen. In den liberalen Vertragstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts, die sich mit der Gestaltung moderner demokratischer Gesellschaften auseinandersetzten, wurden Frauen in der Regel nicht als Staatsbürgerinnen adressiert, sondern meist als „Gefährtinnen“ des männlich gedachten Staatsbürgers, dem sie untergeordnet sein sollten. In Deutschland war die Organisation von Frauen zu einem politischen Zweck bis 1908 verboten. Selbst die Diskussion politischer Themen in Vereinen stand unter polizeilicher Aufsicht und konnte mitunter ein Vereins- und Versammlungsverbot nach sich ziehen. Erst das Reichsvereinsgesetz von 1908 ermöglichte die freie politische Organisation von Frauen (Klausmann 1997, 238). In Österreich dauerte es bis 1911, als mit der Lex Pernersdorf die Regelungen für politische Organisation und Vereine gelockert wurden und im Zuge dessen das Verbot für Frauen, sich politisch zu organisieren, aufgehoben wurde (Pelinka/Rosenberger 2000, 187).

Selbst zu einer Zeit, da Frauen schon als Staatsbürgerinnen anerkannt waren – aufgrund des in Deutschland und in Österreich 1918 durchgesetzten Wahlrechts – wurde ihnen die Fähigkeit, politische Verantwortung zu tragen, aber rundweg abgesprochen. Prominenter Vertreter dieser Haltung war der Soziologe Max Weber, der u.a. mit seiner Schrift „Politik als Beruf“ (Weber 1926/1997) Programmatisches zur Organisation moderner Staatlichkeit verfasste. Nicht nur für Weber waren Männlichkeit und Politik bzw. Staat aufs Engste miteinander verknüpft, auch die politische Praxis der Parteien und Verbände spiegelte genau das wider. „Weiblichkeit“ diente Weber allenfalls dazu, das Unangemessene in der Politik zu illustrieren (vgl. Kreisky 1994). Konform dazu gab es damals auch ausgedehnte Auseinandersetzungen über die Unfähigkeit von Frauen, politisch tätig zu sein, seien sie doch zu sehr durch ihre Gefühle geleitet bzw. nicht zu rationalen Entscheidungen in der Lage. Wobei gerade Weber das Absehen von menschlichem Leid (z.B. in der Folge von Kriegen – die Erfahrung des Ersten Weltkrieges war hier noch sehr unmittelbar) als politische Rationalität darstellte (Weber 1922, 1972, 546 und 549, zit. n. Kreisky 1994, 194).

Die dichotome Sicht auf die Geschlechter, die Abwertung des Weiblichen und eine Überbewertung des Männlichen waren bereits in die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft im 18. Jahrhundert eingeschrieben. Diese Konstruktion einer hierarchischen Geschlechterordnung war (und ist, wenn auch mit Verschiebungen) tiefgreifendes politisches und gesellschaftliches Ordnungsprogramm, dem aber der Schein des Natürlichen, Ewigen, Ahistorischen und Apolitischen verliehen wurde (Kreisky 1997, 164-167). Nachdem durch Weltkrieg, Republikgründung und Frauenwahlrecht auch die Geschlechterordnung durcheinandergebracht worden war, schien dieses Ordnungsprogramm nachhaltig gestört.

Dies führte insbesondere unter Männern zu einer breiten Abwehr und Diskreditierung von Frauen in Politik und öffentlichen Funktionen, es begann eine Hochphase antifeministischer und frauenfeindlicher Mobilisierung durch Vereine, Publikationen (z.B. Otto Weiningers „Geschlecht und Charakter“, das am Beginn des 20. Jahrhunderts ein Bestseller war), Zeitungen und Pamphlete (Wrussnig 2009).

Nach der Männerbündelei, der Frauenfeindschaft, dem Antifeminismus und dem Antisemitismus der Zwischenkriegszeit beseitigte der Faschismus jegliche demokratische Struktur und hinterließ einen tiefen Bruch und einen Geschichtsverlust in den Frauenbewegungen Deutschlands und Österreichs (vgl. Gerhard 1995). Die neue oder autonome Frauenbewegung, die sich Ende der 1960er Jahre gründete, musste ihre Geschichte erst wieder entdecken und erforschen. Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von Aktivistinnen sowohl der bürgerlichen, als auch der proletarischen Frauenbewegung unterbrachen die Tradierung in der Bewegung und hatten einen immensen Wissensverlust zur Folge.

Ab den 1970er Jahren ist es immer weniger eine Haltung des offenen Frauenausschlusses (der in einer sich demokratisierenden und modernisierenden Gesellschaft schwieriger geworden ist), als eine scheinbare Neutralität von Politik und politischen Institutionen, die dominant wurde. Es galt also, die „ganz normale“ männliche Dominanz von Politik, Staat und Bürokratie zu entschleiern (vgl. Kreisky 1994; Holland Cunz 2003). Und auch, wenn die selbstverständliche Männlichkeit in der Politik nun schon seit mehr als 30 Jahren durch Quotenregelungen, Reißverschlussystem und Gender Mainstreaming gestört wird, eine Normalität gleichberechtigter Partizipation von Frauen in der Politik gibt es immer noch nicht. Ausdruck findet dies in der nach wie vor geringeren Repräsentation in Parlamenten und Regierungen (Rudolph 2015, 92-93), aber auch in der Definition dessen was als politisch gilt. Nach wie vor werden essentielle Fraueninteressen als private Anliegen betrachtet und deshalb politisch nicht adressiert. Nicht von ungefähr lautete eine zentrale Losung der neuen Frauenbewegung „Das Private ist politisch!“. Und nach wie vor gelten für Frauen und Männer in der Politik unterschiedliche Anforderungen und es bestehen Zuweisungen in „harte“ (z.B. Finanzen, Innen- und Außenressort, Verteidigung, Wirtschaft) und „weiche“ Ressorts (z.B. Soziales, Bildung, Kultur), die einer geschlechtlichen Demarkationslinie folgen.

Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger – Anspruch und Wirklichkeit

Deutlich wurde nach dem Erreichen der formalen Gleichheit als Staatsbürgerinnen, dass diese Gleichheit erst mit „Leben“ gefüllt werden musste, dass die Strukturen der Parteien (als Gatekeeper zu den parlamentarischen Vertretungskörpern), der Verbände und des politischen Systems als Gesamtes nicht nur personell männlich dominiert waren, sondern auch den Lebensumständen von Männern angepasst und inhaltlich an männlichen Interessen orientiert waren. Eine Zeitreihe des Frauenanteils im Deutschen Bundestag und im österreichischen Nationalrat zeigt die Entwicklung, die über Jahrzehnte durch Stagnation charakterisiert war.

Frauenanteil im Deutschen Bundestag von 1949 bis heute		Frauenanteil im österreichischen Nationalrat von 1945 bis heute	
Beginn der Wahlperiode	Frauenanteil in Prozent	Beginn der Gesetzgebungsperiode	Frauenanteil in Prozent
1949	6,8	1945	5,5
1953	8,8	1949	5,5
1957	9,2	1953	6,1
1961	8,3	1956	5,5
1965	6,9	1959	6,1
1969	6,6	1962	6,1
1972	5,8	1966	6,1
1976	7,3	1970	4,9
1980	8,5	1971	6,0
1983	9,8	1975	7,7
1987	15,4	1979	9,8
1990	20,5	1983	9,3
1994	26,2	1986	11,5
1998	30,9	1990	19,7
2002	32,8	1994	21,9
2005	31,6	1996	25,7
2009	32,8	1999	26,8
2013	36,3	2002	33,9
2017	30,9	2006	31,2
2018	26,8	2008	27,3
		2013	33,3
		2017	34,4

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung 2017 (Stichtag: Beginn der Wahlperiode) und Süddeutsche Zeitung 18.10.2018; Republik Österreich/Parlament (o.J.) (Stichtag: Beginn der Gesetzgebungsperiode).

Die Zeitreihen zeigen u.a., dass die neue Frauenbewegung als soziale Bewegung zunächst (in den 1970er Jahren) noch keine Effekte auf die Zusammensetzung des politischen Personals hatte. Es wurden zwar wesentliche Reformen umgesetzt, die eine Modernisierung der Gesellschaft und der Geschlechterverhältnisse einleiteten, wie die Familien- und Eherechtsreform, die Bildungsreformen oder die Strafrechtsreform – nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Bewegungen. Die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen hatte sich dadurch aber noch kaum verändert. Die Gründe dafür sind vielfältig – einerseits verteidigten Männer ihre Machtpositionen (eine Erhöhung des Frauenanteils, geht immer auch mit einer Verringerung des Männeranteils einher), andererseits waren die Frauen aus der autonomen Frauenbewegung gegenüber dem herkömmlichen politischen System und seinen Partizipationsmöglichkeiten sehr distanziert und kritisch eingestellt, auch weil diese extrem männlich geprägt waren.

Wie auch andere Bewegungen entwickelte die neue Frauenbewegung überdies einen erweiterten Begriff von Politik, der in den traditionellen Strukturen nicht aufging und auch inhaltlich neue gesellschaftliche Felder politisierte bzw. als politische Fragen etablierte – sei es die Frage der Männergewalt gegen Frauen, Sexualpolitik, Abtreibung, Kinderbetreuung, die Familie als Ort hierarchischer Strukturen, Hausarbeit etc. Als einzig akzeptable Form der Demokratie erschien in den feministischen Debatten der 1970er und 1980er Jahre die Basisdemokratie (Holland-Cunz 2004, 129-130; vgl. auch Schulz 2008; Trallori 2013).

Erst die Diskussion über und die Umsetzung von Quotenregelungen in politischen Parteien und der Einzug der Grünen in den deutschen Bundestag (1983) bzw. ins österreichische Parlament (1986) brachte eine Veränderung der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung von Parlamenten. So gab sich in Österreich etwa die Sozialdemokratische Partei 1985 eine Mindestquote von 25 Prozent für Frauen in politischen Vertretungskörpern und 1993 eine von 40 Prozent (Rosenberger 1992, 110-112; Thurner/Weiss 2008, 189-200). Die SPD beschloss 1988 eine Geschlechterquote von 40 Prozent (Faerber-Husemann 2018). Erst ab den 2000er Jahren erreichte der Frauenanteil in Deutschland wie auch in Österreich etwa ein Drittel der Abgeordneten.

Politische Partizipation auf den Landes- und Gemeindeebenen

Auf der Ebene der Landtage zeigt sich eine größere Resistenz gegen die Repräsentation von Frauen. Der Tiroler Landtag kam in der Zweiten Republik über viele Jahre gänzlich ohne Frauen aus, der Frauenanteil betrug bis Mitte der 1980er Jahre 0 oder 2,8 Prozent. Erst Ende der 1980er Jahre wurde die 10-Prozent-Marke erstmals überschritten, 2003 stieg der Anteil auf 30 Prozent, nach neuerlichen Abwärtsbewegungen (Schiestl 2013, 78-81) liegt er aktuell bei 33 Prozent (Landtagsdirektion 2018).

Im Bayerischen Landtag sieht es ähnlich aus: Bis Anfang der 1970er Jahre lag der Frauenanteil unter 5 Prozent, von Anfang der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre stieg er auf 7 bis 8 Prozent. Erst ab Mitte der 1980er Jahre wurde der Prozentanteil der Frauen im Bayerischen Landtag zweistellig, um Mitte der 1990er hat er erstmals die 20 Prozent Marke überstiegen. Seit 2008 pendelte sich der Frauenanteil um die 30 Prozent ein (Bayerischer Landtag 2017).

Die Repräsentation von Frauen in den Landesparlamenten hat sich inzwischen – auch in den konservativen Ländern – den Werten der nationalen Parlamente angenähert oder liegt fast gleichauf. Dramatisch unterrepräsentiert sind Frauen aber nach wie vor auf der Ebene der Gemeinden. Hier

scheinen hierarchische Geschlechterverhältnisse bzw. ein traditionelles Rollenverständnis noch stärker verankert. Überkommene Machtverhältnisse scheinen einer Modernisierung und Demokratisierung in ländlichen Regionen entgegenzustehen. Deutlich wurde dies unter anderem an dem Fall der Gemeinde Egg in Vorarlberg, der 2016 für Aufsehen sorgte. Eine Bürgermeisterkandidatin zog ihre Kandidatur zurück, weil sie anonymen, beleidigenden Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt war, in denen ihr vorgeworfen wurde, dass sie ihre Rolle als Mutter vernachlässige, wenn sie Bürgermeisterin werden wolle (ORF Vorarlberg, 2016).

Aber auch die Statistiken sprechen hier eine deutliche Sprache: mit Stand Juni 2018 bekleideten in Österreich 161 Frauen und 1.937 Männer ein BürgermeisterInnen-Amt. Der Anteil der Frauen betrug also 7,7 Prozent, jener der Männer 92,3 Prozent. In Tirol war das Verhältnis noch ein wenig schlechter: 15 Bürgermeisterinnen⁶ (5,4 Prozent) standen 264 Bürgermeistern (94,6 Prozent) gegenüber. Für die GemeinderätInnen liegen in Österreich keine vollständigen Zahlen vor (Salzburg und Kärnten verfügen über keine Daten dazu bzw. erheben keine). Es gibt derzeit rund 42.000 kommunale MandatarInnen, der Frauenanteil dürfte bei ungefähr 17 Prozent liegen (Österreichischer Frauenring 2018). In Tirol standen 2010 von den insgesamt 3.714 zu vergebenden Mandaten 609 Gemeinderätinnen (16,4 Prozent) 3.105 Gemeinderäten gegenüber (83,6 Prozent) (Amt der Tiroler Landesregierung 2013, 70). Nach den letzten Gemeinderatswahlen in Tirol 2016 erhöhte sich der Frauenanteil nur um 9 Mandatarinnen auf 618 (Gemeindebund 2018).

Im Bezirk Reutte befinden sich immerhin 3 der 15 Tiroler Bürgermeisterinnen (in den Gemeinden Heiterwang, Jungholz und Schattwald). Allerdings stellen sie damit auch nur einen Anteil von 8 Prozent der 37 BürgermeisterInnen im Bezirk. 3 Bürgermeister-Stellvertreterinnen (in Pflach, Tannheim und Vils) stehen 36 Bürgermeister-Stellvertretern gegenüber (Amt der Tiroler Landesregierung, o.J.).

Die Situation in Bayern ist der Tirols ähnlich, wenn auch etwas besser: unter den 497 Ersten BürgermeisterInnen und OberbürgermeisterInnen kreisangehöriger Städte finden sich 48 Frauen, das entspricht einem Anteil von 9,5 Prozent. Von den 25 OberbürgermeisterInnen kreisfreier Städte sind 3 Frauen (Bayerisches Landesamt für Statistik 2018). Von den 32.810 Sitzen in Gemeinderäten in Bayern sind 6.423 oder 19,6 Prozent von Frauen besetzt. Von 8.560 Sitzen in Gemeinderäten in Oberbayern sind seit den Gemeinderatswahlen von 2014 1.886 von Frauen besetzt, das sind 22 Prozent, in Garmisch-Partenkirchen fallen von 320 Gemeinderatssitzen 58 oder 18,5 Prozent auf Frauen (Genesis online Datenbank; eigene Berechnungen).

Politische Gleichstellung und intermediäre Strukturen

Diese Unterrepräsentation von Frauen vor allem in den regionalen und lokalen politischen Strukturen setzt sich auch in den z.T. neueren intermediären Strukturen in den Regionen fort, weil die Bürgermeister z.B. in die Vorstände von Regionalverbänden oder in LEADER⁷-Aktionsgruppen entsandt werden. Es handelt sich also um verschachtelte Strukturen, wie Theresia Oedl-Wieser (2018, 47) festhält, die immer wieder „more of the same“ produzieren und sich für Frauen kaum öffnen. Auf-

6 Seit den Gemeinderatswahlen im April 2018 hat die Landeshauptstadt Innsbruck keine Bürgermeisterin mehr.

7 LEADER ist ein Maßnahmenprogramm der Europäischen Union zur Förderung des ländlichen Raums, das 1991 gestartet wurde.

schlussreich ist auch die thematische Ausrichtung der LEADER-Projekte. Von den 24 Projekten, die bislang im Bezirk Reutte verwirklicht wurden, befasste sich nur eines mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Es handelte sich um einen Politik-Kompetenzlehrgang mit Angeboten in Rhetorik, Kommunikation, Social Media, Tiroler Gemeindeordnung, Öffentlichkeitsarbeit und Selbstmarketing. Ziel war es, Frauen in Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2016 zu schulen und zu vernetzen (Netzwerk Zukunftsraum Land 2018a).

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass es eine klare Dominanz von Projekten im Tourismus (7) gibt, gefolgt von Landwirtschaft (3), Umweltschutz (3) und Jugendprojekten (3); zu dem Bereich Soziale Dienstleistungen (hier konkret Pflege) fanden sich nur zwei Projekte (Netzwerk Zukunftsraum Land 2018b). Auch wenn also in Hinblick auf die Regionalentwicklung immer wieder betont wird, dass der Ausbau von sozialen Dienstleistungen vor Ort wesentlich ist, gerade um Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, so bleibt es hier offenbar bei rhetorischen Bekenntnissen. In Bezug auf die regionale Entwicklung liegt das Außerfern von allen Tiroler Bezirken an letzter Stelle, was vor allem an der niedrigen Frauenerwerbsquote, dem geringen AkademikerInnenanteil und dem schwachen Bevölkerungswachstum liegt (REA 2018b).

Unter den 40 LEADER-Projekten (LEADER Zugspitzregion 2018a) in der Zugspitz-Region gibt es ebenfalls nur eines, das sich unter anderem Chancengleichheit von Frauen und Männern zum Ziel setzt. Im Speziellen soll das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an MINT-Fächern gefördert werden (LEADER Zugspitzregion 2018b). Auch hier ist eine Dominanz von Projekten in Tourismus und Wirtschaft (32 von 40) festzustellen, Projekte aus dem Bereich der sozialen Dienstleistungen, etwa zum Thema Pflege, gibt es nicht. Die Projektgelder werden hier deutlich häufiger für regionalgeschichtliche und regionale Kultur-Projekte denn für soziale oder politische Projekte verwendet (LEADER Zugspitzregion 2018a).

Traditionelle Rollenbilder und Strukturen verhindern Partizipation

Die Faktoren, die diese nicht nur in Österreich oder Deutschland, sondern europaweit vorherrschende deutlich geringere politische Beteiligung von Frauen auf der kommunalen Ebene erklären (Obertegger/Oedl-Wieser 2014, 104), sind vielfältig. Es sind dies unter anderem die geringeren Zeitressourcen von Frauen, institutionelle Faktoren und eine politische Kultur, die es Frauen nicht eben leicht machen, sich zu engagieren. Gerade auf Gemeindeebene treten Frauen in politische Räume ein, die über Jahrzehnte von exklusiver Männlichkeit geprägt waren – und zwar bis in die jüngste Vergangenheit und sehr viel länger, als auf anderen Ebenen des politischen Systems. Wie eingangs erläutert, ist der politische Raum, sind demokratische Strukturen, Parteien und Verbände unter Frauenausschluss entstanden und davon nachhaltig geprägt worden. D.h. auch, dass diese politischen Strukturen auf der politischen Beteiligung eines reproduktiv versorgten (also von Hausarbeit befreiten) und nicht für Kinderbetreuung verantwortlichen „Familienernährers“ basieren und so die Lebensumstände von Frauen kaum berücksichtigten. Was politikwissenschaftliche Geschlechterforschung schon in den 1990er Jahren feststellte und was nach wie vor gültig ist, ist der Umstand, dass Frauen egalitäre Beteiligungsstrukturen, wie sie in sozialen Bewegungen zu finden sind, vorziehen (Holland-Cunz 2014, 139-140).

Hier stellt sich die Frage, welche Schlüsse daraus gezogen werden können. Der Fachbereich Frauen und Gleichstellung der Tiroler Landesregierung bietet z.B. seit 2001 Politiklehrgänge für Frauen an.

In einer Befragung der Teilnehmerinnen 2013 konnte immerhin festgestellt werden, dass ein Drittel der Teilnehmerinnen nach dem Lehrgang für ein politisches Amt kandidierte, 11 Prozent hatten die Absicht dazu (Obertegger/Oedl-Wieser 2014, 106-107, 112). Selbstverständlich ist es äußerst sinnvoll, Frauen mit Rhetorikkursen oder Seminaren über das politische System auf eine politische Karriere vorzubereiten, aber gleichzeitig bewertet diese Strategie – steht sie für sich allein – Frauen als Mängelwesen, die Politik erst lernen müssen. Kaum ein Mann besucht einen Politiklehrgang bevor er sich dazu entschließt, in die Politik einzusteigen, seine Kompetenz scheint selbstverständlich vorhanden. Nun kann es nicht Ziel sein, „kompetenzlose“ politische Aspirationen auch bei Frauen zu fördern, aber es muss ein Ziel sein, Männer in der Politik mehr Bescheidenheit zu lehren, Frauen zu mehr Selbstbewusstsein zu verhelfen und die Strukturen des politischen Systems auch nach den Bedürfnissen der Frauen zu gestalten und nicht nur Anpassungsleistungen von ihnen zu verlangen.

Warum das Private immer auch politisch ist

Es ist wesentlich, dass Frauen ihre Interessen selbst in den politischen Gremien vertreten und durchsetzen können. Frauen in die Politik zu holen, heißt nicht nur, dass Frauen politische Funktionen und Mandate einnehmen, sondern auch, dass sie ihre Interessen und Bedürfnisse, die aus ihren Lebensverhältnissen resultieren in die politische Sphäre einbringen. Das bedeutet mitunter eben auch eine Erweiterung dessen, was gemeinhin als „politisch“ verstanden wird. Politik ist die Artikulation von Interessen und Bedürfnissen und eine Interpretation dieser Bedürfnisse in dem Sinn, dass sie analysiert und in politische Maßnahmen übersetzt werden.

Die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung hat eindringlich dargelegt, wie in der herkömmlichen Politik männliche Interessen in „allgemeine Interessen“ umgemünzt werden, d.h. wie das „Männliche“ als das Allgemeine und das „Weibliche“ als das Abweichende und Abnorme gesetzt wird (vgl. etwa Kreisky 1994 und 1997). Dass das Persönliche auch in diesem Fall das Politische ist, darauf verwies Frigga Haug schon in den 1990er Jahren, als sie schrieb, dass der zentrale Satz der Frauenbewegung – Das Private ist politisch! – notwendig auf die gesamte Politik erstreckt werden muss, weil „alle Politik, die solche Grundannahmen nicht beachtet, stillschweigend voraussetzt, dass die Männer, die sie machen, selber nur öffentliche Personen und nicht auch Menschen mit persönlichen Bereichen sind“, die auf ihr Politikersein und auf ihre Politik zurückwirken (Haug 1996, 166).

Diese Interpretation der Losung der zweiten Frauenbewegung nimmt männlichen Interessen ihre Allgemeingültigkeit und betont ihre (notwendige) Partikularität. Sie macht deutlich, dass Männer auf ihre Interessen reflektieren, wenn sie Politik machen; und dazu gehört auch eine weibliche Unterordnung, die mitunter als „natürlich“ betrachtet wird, wie es die Entwicklung des politischen Raums nahelegt.

Wege zur Veränderung

Wesentliche Aspekte die sich aus den bisherigen Analysen ergeben, und die darauf abstellen, womit Frauen in der (Gemeinde-)Politik konfrontiert sind, worauf sie vorbereitet sein sollen und was thematisiert und politisiert werden muss.

(1) Wie auch bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Bedingungen dafür, ist die *Zeitfrage* und damit die Frage der Verteilung der unbezahlten Arbeit zu stellen. In Anlehnung an die (soziologi-

sche) Arbeitsforschung wirkt sich hier die Doppel- und Mehrfachbelastung von Frauen negativ auf ihre politische Beteiligung aus.

(2) *Männerbündische Strukturen*, die Politik nach wie vor sehr stark prägen und Frauen (und andere marginalisierte Gruppen) ausschließen, müssen als das kritisiert werden, was sie sind: intransparent, antidemokratisch und äußerst anfällig für Korruption.

(3) Die Männlichkeit politischer Strukturen muss thematisiert werden. Es kann nicht nur darum gehen, Frauen an gegebene Strukturen anzupassen, sondern es gilt, diese Strukturen zu verändern und an die Bedürfnisse von Frauen und anderen Gruppen anzupassen, weil Frauen keine Sonderfälle, sondern die Hälfte der zu vertretenden WählerInnen sind.

(4) Die *Fremdheit*, an der Frauen aufgrund dieser Konstellationen in der Politik oft leiden, muss durch einen Rückhalt in (Frauen-)Organisationen oder Gruppen und durch Input und Expertise von außen ausgeglichen werden – und sie kann auch als Chance begriffen werden. Die „integrierten Außenseiterinnen“, wie sie in der Forschung genannt werden, haben oft einen guten Blick für ritualisierte Vorgänge und ihre Infragestellung. D.h., etwas, das „immer so gemacht wurde“, muss noch lange nicht „gut gemacht“ sein. Das können Außenseiterinnen oft besser erkennen. Allerdings realisiert sich diese Chance des „Blicks von außen“ nicht automatisch (Holland-Cunz 2003, 180-184).

(5) *Sexismus* und *Antifeminismus* gegenüber Frauen in politischen Vertretungskörpern müssen öffentlich zum Thema gemacht werden (vgl. Rossmann 1995). Beleidigungen und Übergriffe wirken oft beschämend auf die Betroffenen. Diese Mechanismen gilt es auszuhebeln, damit sie als Funktion des männlichen Machterhalts öffentlich gemacht und kritisiert werden können. Auch wenn das Sprechen über derlei Erfahrungen oft schwierig ist – es ist die Basis für Veränderung.

In der Gesprächsrunde mit Politikerinnen im Rahmen des Projektes bestätigen sich viele dieser Aspekte:

Rollenbilder sind gerade – wenn auch nicht nur – im ländlichen Raum immer noch sehr traditionell geprägt, auch die Kirchen tragen dazu bei.

Aber es ist auch ein genereller Trend der Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen und von Vorstellungen über Männlichkeit und Weiblichkeit feststellbar, die auch in der Gesprächsrunde mit Politikerinnen artikuliert wird. So wird etwa von einer Teilnehmerin festgehalten, dass es viele im Ort für „unanständig“ halten, wenn Frauen sich politisch engagieren, weshalb sich auch kaum junge Frauen für politische Arbeit finden. Als weiterer Grund wird genannt, dass Anfeindungen und die mitunter respektlose Art, mit der Frauen in der Politik begegnet wird, jüngere Frauen abschrecken. Aber auch die Resistenz der ökonomischen Strukturen gegen eine geschlechterdemokratische Veränderung (Frauen sind in der Region oft eher Zuverdienerinnen), die mangelhaften sozialen Rahmenbedingungen (vor allem in der Kinderbetreuung und in der Pflege) und die immer noch sehr männerdominierten Strukturen in den Gemeinden, haben die Frauen „ermüdet“. Frauen würden sich zunehmend angepasst verhalten, vielleicht auch, weil sie meinen, damit von Männern eher Anerkennung zu bekommen. Auch, dass sich Frauen, wenn sie sich engagieren, dies eher im sozialen Bereich (der als unterlegen oder nachgeordnet eingeschätzt wird) tun, als in den „mächtigen“ Bereichen (z. B. Finanzausschuss), ist eine verbreitete Tatsache. Dabei darf nicht übersehen werden, dass bei der Verteilung der Aufgaben nach der Wahl eben genau diese „sozialen“ Felder den Frauen zugeordnet werden, und, so ein Erfahrungsbericht, es sehr viel Mut und Ausdauer brauchte, um als Frau z.B. Mitglied im Bauausschuss zu werden. Eine wichtige Erkenntnis daraus ist, dass Politiklehrgänge, die

es schon als grenzüberschreitende Einrichtung gab, häufiger angeboten werden oder überhaupt regelmäßig stattfinden sollten. Denn, wie eine Teilnehmerin festhält: „Als Frauen bekommen wir keine Anerkennung dafür, wenn wir uns in den Mittelpunkt stellen, weil wir so nicht sozialisiert sind.“

Politiklehrgänge könnten auch die von den Frauen präferierte parteiübergreifende Zusammenarbeit stärken, da hier bereits Netzwerke ausgebildet werden, die später in einer politischen Karriere hilfreich sein können. Aber auch eine Stärkung des oft zu geringen Selbstbewusstseins von Frauen soll Ziel von Politiklehrgängen sein. Die Wichtigkeit von Netzwerken wird mehrfach betont, auch dass manche die Unterstützung von anderen Frauen vermissen (Gesprächsrunde 05.10.2018 in Garmisch-Partenkirchen).

Dazu ist anzumerken, dass die Erfahrung von Solidarität unter Frauen sich nicht automatisch einstellt. Als Frauen lernen wir in unserer Gesellschaft tendenziell eher, uns auf Männer zu beziehen denn auf andere Frauen. Überdies bestehen natürlich auch Differenzen zwischen Frauen – die soziale Herkunft, der ethnische Hintergrund etc. führen zu unterschiedlichen Erfahrungen in der Gesellschaft und mitunter auch zu verschiedenen Interessenlagen. Solidarität zwischen Frauen ist so niemals automatisch gegeben, sondern sie ist allenfalls Ergebnis eines politischen Lernprozesses und sie bildet sich manchmal vielleicht auch nur temporär in Bezug auf ein konkretes politisches Projekt heraus.

Teil 5. Ansatzpunkte zur Weiterarbeit

Was ist diesen Tatsachen und Trends entgegenzuhalten? Wo sind Ansatzpunkte, um die Situation von Frauen vor Ort, konkret zu verbessern? In allen Veranstaltungen wurden – ausgehend von den vorab ausgetauschten vorhandenen Erfahrungen – Ideen, Perspektiven und Strategien entwickelt.

- **BürgerInnen-Versammlungen**

Aus der Partizipationsforschung wissen wir, dass Frauen unkonventionelle Formen des Politik-Machens schätzen und bevorzugen. Hier gilt es, neue Formen der Beteiligung zu erproben – etwa in moderierten Diskussionen – und Räume zum „Demokratie-Lernen“ zu entwickeln. Wenn wir Demokratie als Konzept gesellschaftlicher Gestaltung radikal ernst nehmen, brauchen wir mehr Erfahrung, mehr Bereitschaft zu kreativen Formen gelebter Demokratie. Schule, Arbeitswelt und oft auch die Familien sind nicht demokratisch organisiert oder Lernräume für Demokratie, oft sind sie eher hierarchisch oder gar autoritär strukturiert. Grundlegend für demokratische Auseinandersetzungen ist das Einüben einer Diskussions- und Kommunikationskultur. Die Gemeinde als kleinste Ebene des politischen Systems ist ein ideales Feld, um neue Formen der Beteiligung aller zu entwickeln, einer Demokratie, die weit mehr meint als ein technokratisches Verfahren.

- **Politiklehrgänge für Frauen**

Politiklehrgänge vermitteln wichtige Kompetenzen für politisches Engagement, Wissen über Gemeindeordnungen bis hin zu Rhetorikkursen oder Wissen über das politische System und seine Entwicklung. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist, dass auch Genderkompetenz vermittelt wird – Frauen und Männern, wenn mehr Geschlechtergerechtigkeit befördert werden soll. Wer politisch handeln und gestalten will, sollte über ein Basiswissen dazu verfügen. Solche Kurse bieten, wenn sie grenzüberschreitend durchgeführt werden, auch die große Chance, durch den Wissenstransfer den europäischen Zusammenhalt zu fördern.

- **Frauenprojekte in der Gemeinde**

Beim grenzüberschreitenden Politikerinnen-Forum entstand auch die Idee, ergänzend / unterstützend zur politischen Struktur Frauenprojekte auf Gemeindeebene zu initiieren und umzusetzen und sie auch gezielt aus Finanzmitteln der Kommune zu fördern. Inhalt können sowohl bewusstseinsbildende, soziale oder auch wirtschaftliche Kooperationen sein. Auch hier bietet der grenzüberschreitende Austausch Vernetzung, Anregungen und Unterstützung.

- **Grenzüberschreitende Frauenplattform**

Mit dieser Idee verbindet sich die Vorstellung, auf einer gemeinsam entwickelten und sowohl personell wie finanziell getragenen Plattform Informationen über Frauenprojekte, Aktivitäten, politische Kampagnen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und mehr zur Verfügung zu stellen. Mittels der digitalen Gestaltung ermöglicht sie es allen Frauen, also auch jenen, die aufgrund der regionalen Gegebenheiten eingeschränkte Aktionsmöglichkeiten haben, sich zu informieren und gemeinsam mit anderen Frauen zu agieren. Ergänzt werden könnte die Plattform durch eine „Grenzenlose Frauenzeitung“, die ebenfalls grenzüberschreitend mehrmals im Jahr informiert und grenzüberschreitende Aktionsmöglichkeiten bietet und damit auch die Kontinuität einer grenzüberschreitenden Vernetzung gewährleisten könnte.

Über diese spezifisch auf die beiden Projektregionen hin ausgerichteten Vorstellungen hinaus wird auch die Beteiligung an übergreifenden nationalen bzw. internationalen Frauen-Kampagnen als wichtig erachtet:

- **Sozialinvestitionen**

Wie in allen Studien zu den Lebensbedingungen von Frauen deutlich wird, geht es ganz zentral um die Umverteilung und Vergesellschaftung von unbezahlter Arbeit in der Kinderbetreuung, der Erziehung und der Hausarbeit. Im Sinne einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft, aber auch angesichts ökonomischer Entwicklungen und einer zunehmenden Arbeitsmarktintegration von Frauen braucht es eine verstärkte Verantwortungsübernahme durch den Staat. Sowohl Arbeitsmarktbeteiligung als auch politische Partizipation haben ein Mehr an Zeitressourcen auf Seiten der Frauen zur Voraussetzung. Sozialinvestitionen

- sind ein möglicher Ausweg aus dieser Krise, der neben dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit auch ökonomisch sinnvoll ist;
- setzen u. a. Frauen für den Arbeitsmarkt frei, gleichzeitig generieren sie auch Arbeitsplätze für Frauen;
- ermöglichen daher ein hohes Beschäftigungsniveau und qualitätsvolle Arbeitsplätze, die wieder sowohl dem Sozialsystem durch Beiträge als auch dem Fiskalsystem durch Steuern zugutekommt,
- ermöglichen es dem Staat, in Krisensituationen steuernd einzugreifen.

Als Argument gegen zu hohe Kosten ist zu sehen, dass zwar Sozialinvestitionen Geld kosten, aber auch Arbeitslosigkeit und Armut führen zu persönlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen, die Kosten erzeugen. Berechnungen der AK-Wien belegen, dass Sozialinvestitionen positive Beschäftigungs- und Budgeteffekte generieren (Buxbaum/Gruber 2016).

- **Staatliche Entscheidungsquoten**

Ein anderer Weg, die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen zu erhöhen, ist die der staatlichen Entscheidungsquoten (in Frankreich 2000 eingeführt). Das Gesetz verpflichtet die Parteien, ebenso viele Frauen wie Männer auf die Wahlliste zu setzen – auf aussichtsreiche Plätze. Wer die Quote nicht einhält, dessen Parteizuschüsse werden gekürzt. Bei den französischen Kommunalwahlen Anfang der 2000er Jahre bewirkte dies, dass der Frauenanteil dadurch von 22 auf 47 Prozent anstieg (Hardmeier 2004, 166).

- **Gender Mainstreaming / Gender Budgeting**

Hier handelt es sich um Instrumente der politischen Steuerung. Sie sollen die sozioökonomische Ausgangssituation von Frauen und Männern sichtbar machen und dementsprechende Maßnahmen setzen. Es gilt z.B. zu analysieren, wer welche öffentlichen Dienstleistungen nutzt, wofür wie viel Geld eingesetzt wird, wie Infrastruktur oder auf öffentliche Flächen den Bedürfnissen unterschiedlicher Gruppen/Geschlechter entsprechend gestaltet sein sollen. Das gilt für alle Ressorts – von der Sportförderung bis zur Verkehrsplanung. Interessantes Beispiel dafür ist der Wiener Bezirk Meidling (Stadt Wien, o.J.).

Literatur

- Amt der Tiroler Landesregierung (2013). Frauen in Tirol. Zahlen – Daten – Fakten, Innsbruck, <https://www.innsbruck.gv.at/data.cfm?vpath=redaktion/politik/dokumente35/gemeinderaetliche-enqueten1/broschuere-frauen-in-tirol> (Zugriff: 22.06.2018).
- Amt der Tiroler Landesregierung (2016a). Gleichstellungsbericht Tirol. Frauen und Männer in Tirol.
- Amt der Tiroler Landesregierung (2016b). Gleichstellungsbericht Tirol 2016. Frauen und Männer in Tirol – Regionalanalyse, Innsbruck.
- Amt der Tiroler Landesregierung (2018). Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen 2017/2018, https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/statistik-budget/statistik/downloads/KG_2017.pdf (Zugriff: 23.08.2018).
- Amt der Tiroler Landesregierung (o.J.). Gemeinden, <https://www.tirol.gv.at/gemeinden/gemeinden/liste/> (Zugriff: 24.09.2018).
- Amt für Kinder, Jugend und Familie, Landkreis Garmisch-Partenkirchen (2016). Jugendhilfeplanung im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, https://www.lra-gap.de/media/files/lra_kjf_koja/Jugendhilfeplanung_2016.pdf (Zugriff: 09.04.2018).
- BASIS-Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung GmbH (o.J.). Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Elternbefragung, Gesamttabellenband, Kommunen, Bamberg.
- Bayerischer Landtag (2017). Frauenanteil von 1946 bis 2013, https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/Frauenanteil_von_1946_bis_2013_web.pdf (Zugriff: 22.09.2018).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2017). Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014, https://www.statistik.bayern.de/medien/statistik/preiseverdienste/verteilung_bjv_vse_2014_20170127.pdf (Zugriff: 18.10.2018).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2018). Kommunalwahlen in Bayern, <https://www.wahlen.bayern.de/kommunalwahlen/> (Zugriff: 25.08.2018).
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2017). Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/sozialpolitik/stmas_4.bsb_a4_webfinal.pdf (Zugriff: 24.07.2017).
- Becker-Schmidt, Regina (1987). Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Lilo Unterkircher/Ina Wagner (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Soziologische Befunde zu geschlechtsspezifischen Formen der Lebensbewältigung, Wien, 10-25.
- Bundesagentur für Arbeit (2018). Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2017. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt / Juli 2018, https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/Arbeitsmarktbericht0718_ba018364.pdf (Zugriff: 14.10.2018).
- Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt (2010). Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Wien.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018). Väterreport – Vater sein in Deutschland heute, Berlin,
<https://www.bmfsfj.de/blob/127268/2098ed4343ad836b2f0534146ce59028/vaeterreport-2018-data.pdf> (Zugriff 26.10.2018).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2017). Frauenanteil im Deutschen Bundestag (erstellt am 15.11.2017), <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag> (Zugriff: 22.09.2018).
- Busch, Anne/Elke Holst (2008), "Gender Pay Gap": in Großstädten geringer als auf dem Land, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 33, pp 462-468.
- Buxbaum, Adi/Angelika Gruber (2016). Sozialinvestitionen – „Opfer“ des herrschenden Austeritätsregimes in Europa trotz evidenter Mehrfachdividende, in: Alexandra Weiss (Hg.): Ein anderes Europa. Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen, Wien, 137-155.
- Economic Commission for Europe (2011). The Gender Pay Gap: evidence from Austria, ECE/CES/GE.30/2012/8, https://www.femtech.at/sites/default/files/8_AUSTRIA_E_v2.pdf (Zugriff: 13.10.2018).
- Eurostat (2016). The unadjusted gender pay gap, 2016 (difference between average gross hourly earnings of male and female employees as % of male gross earnings),
https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Gender_pay_gap_statistics (Zugriff: 13.10.2018).
- Faerber-Husemann, Renate (2018). Vor 30 Jahren: Wie die Frauenquote der SPD das Land veränderte, in: vorwärts, 30.08.2018, <https://www.vorwaerts.de/artikel/30-jahren-frauenquote-spd-land-veraenderte> (Zugriff: 22.09.2018).
- Fraser, Nancy (2001 [1997]). Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt a.M.
- Friedrich, Margret (1999). „... ein Paradies ist uns verschlossen ...“. Zur Geschichte der schulischen Mädchenerziehung in Österreich im „langen“ 19. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar.
- Geißler, Rainer (2014). Bildungsexpansion und Bildungschancen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Sozialer Wandel in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung Nr. 324/2014), <http://www.bpb.de/izpb/198031/bildungsexpansion-und-bildungschancen?p=all> (Zugriff: 20.10.2018).
- Gemeindebund (2018). Bürgermeisterinnen treffen sich in St. Ulrich am Pillersee, 06.08.2018, <https://gemeindebund.at/europas-deutschsprachige-buergermeisterinnen-tagen-in-st-ulrich-am-pillersee/> (Zugriff: 15.09.2018).
- Gerhard, Ute (1995). Die „langen Wellen“ der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt/New York, 247-278.
- Gottfried, Heidi/Jacqueline O'Reilly (2002). Der Geschlechtervertrag in Deutschland und in Japan: Die Schwäche eines starken Ernährermodells, in: Karin Gottschall/Birgit Pfau-Effinger (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Opladen, 29-57.
- Hardmeier, Sibylle (2004). Repräsentation, in: Sieglinde Rosenberger / Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte–Verknüpfungen–Perspektiven, Wien, 149-169.

- Haug, Frigga (1996). Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. In: Dies. (Hg.), Frauen-Politiken, Berlin/Hamburg, 155-175.
- Héritier, Adrienne (2005). Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Ihre Auswirkungen Politikergebnisse, politische Strukturen und Prozesse, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung, https://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_095.pdf (Zugriff: 15.10.2018).
- Holland-Cunz (2004). Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Partizipation, in: Sieglinde Rosenberger / Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte–Verknüpfungen–Perspektiven, Wien, 127-148.
- Holland-Cunz, Barbara (2003). Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt a.M.
- Jacobi, Juliane (1994). Zwischen Erwerbsfleiß und Bildungsreligion – Mädchenbildung in Deutschland, in: Georges Duby/Michele Perrot (Hg.): Geschichte der Frauen. 19. Jahrhundert, hrsg. von Geneviève Fraisse und Michelle Perrot, Frankfurt a.M./New York, 267-281.
- Klausmann, Christina (1997). Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt/New York.
- Kohlmorgen, Lars (2004). Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Kreisky, Eva (1994). Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik, in: Claus Leggewie (Hg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt, 191-208.
- Kreisky, Eva (1997). Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektionen der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt a. M.
- Kutzer, Edelgard (2016). Entgeltgleichheit auf dem Prüfstand. Perspektiven auf den Gender Pay Gap, in: GENDER, Heft 2/2016, 141-147.
- Landtagsdirektion (2018). Abgeordnete zum Tiroler Landtag, https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2018/Abgeordnete_oeffentlich.pdf (Zugriff: 25.08.2018).
- LEADER Zugspitz-Region (2018a). Projekte, <https://www.leader-zugspitzregion.de/projekte> (Zugriff: 12.10.2018).
- LEADER Zugspitz-Region (2018b). Technik meets Textil, <https://www.leader-zugspitzregion.de/projekte/technik-meets-textil> (Zugriff: 12.10.2018).
- Lewis, Jane (2007). Arbeit, Familie und Gleichstellung. Politikentwicklung auf europäischer Ebene. In: Kurswechsel, H 1, 48-61.
- Mayrhuber, Christine et al. (2015). Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. WIFO-Beitrag zum Sozialbereich 2014-2015, https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=50897&mimetype=application/pdf (Zugriff: 13.10.2018).
- Mendolicchio, Concetta/Thomas Rhein (2012). Ländervergleich in Westeuropa: Wo sich Bildung für Frauen mehr lohnt als für Männer, IAB-Kurzbericht, Nr. 5/2012, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.

- Michalitsch, Gabriele (2012). Geschlechter regieren – Geschlechter reproduzieren. Arbeit, Ökonomie und ihre Krisen. In: Bettina Kubicek / Marlene Miglbauer / Johanna Muckenhuber / Claudia Schwarz (Hg.): Arbeitswelten im Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven der Arbeitsforschung, Wien, 45-62.
- Netzwerk Zukunftsraum Land (2018). Kompetenzlehrgang für Frauen, <https://www.zukunftsraumland.at/projekte/1779> (Zugriff: 12.10.2018).
- Netzwerk Zukunftsraum Land (2018). Projekte, https://www.zukunftsraumland.at/index.php?filter%5Blanguage_id%5D=de&filter%5Bkeyword%5D=&filter%5Bregion_id%5D%5B%5D=8&filter%5Bleader_id%5D%5B%5D=69&inc=project (Zugriff: 12.10.2018).
- Nowak, Iris (2002). Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk. In: Das Argument, Jg. 44, H 4, 459-472.
- Obertegger, Jutta / Theresia Oedel-Wieser (2014), Mehr Frauen in die Kommunalpolitik durch Politiklehrgänge in Tirol – Vision oder Wirklichkeit? In: Manuela Larcher et al. (Hg.): Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven, Innsbruck, 104-117.
- Oedel-Wieser, Theresia (2018). 'Voice' und 'exit' – Perspektiven für Frauen in Regionen mit Bevölkerungsrückgang, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 40-50.
- ORF Vorarlberg (2016). Empörung über Vorgänge in Egg hält an, 07.03.2016, <https://vorarlberg.orf.at/news/stories/2761558/> (Zugriff: 24.09.2018).
- Österreichischer Frauenring (2018). Repräsentation und Partizipation von Frauen im Bereich der Politik und Verbändesysteme – 2018, https://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/Frauenring_Frauen_Repraesentation.pdf (Zugriff 22.09.2018).
- Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger (2000). Österreichische Politik. Grundlagen–Strukturen–Trends, Wien.
- REA / Regionalentwicklung Ausserfern (2018a). Kinderbetreuung im Fokus. Zum Verhältnis von Betreuungsangebot, Arbeitsmarkt und familiärer Praxis. Eine Untersuchung im Bezirk Reutte, Pflach.
- REA / Regionalentwicklung Ausserfern (2018b). Gut aufgestellt und trotzdem an letzter Stelle, 14.05.2018, <http://www.allesausserfern.at/archiv/news/14.05.2018-gut-aufgestellt-und-trotzdem-an-letzter-stelle> (Zugriff: 12.10.2018).
- Republik Österreich / Parlament (o.J.). Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml (Zugriff: 22.09.2018)
- Rosenberger, Sieglinde (1992). Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik, hrsg. von Anton Pelinka, Wien.
- Rossmann, Eva (1995). Unter Männern. Frauen im österreichischen Parlament, Wien.
- Rudolph, Clarisse (2015). Geschlechterverhältnisse in der Politik. Eine genderorientierte Einführung in Grundfragen der Politikwissenschaft, Opladen/Toronto.
- Sauer, Birgit (2006 [2001]). „Feminisierung“ eines männlichen Projekts? Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung. In: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg, 67-83.

- Schiesstl, Gisella (2013). Frauen in der Tiroler Politik. Beteiligung an institutionalisierten Politikformen, Innsbruck/Wien/Bozen.
- Schulz, Kristina (2008). Wende im Geschlechterverhältnis? Feminismus und Frauenbewegung, in: Jens Kastner / David Mayer (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien, 38-53.
- Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (2015). Bildungsbericht Bayern 2015, München.
- Stadt Wien (o.J.) Gender Budgeting in Wien – Umsetzungsbeispiel von Gender Mainstreaming, <https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/budgeting.html> (Zugriff: 26.10.2018).
- Statistik Austria (2017). Statistik der Lohnsteuer 2016, Wien, http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/19/index.html?includePage=detailedView§ionName=%C3%96ffentliche+Finanzen%2C+Steuern&pubId=493 (Zugriff: 12.10.2018).
- Statistik Austria (2017a). Brutto- und Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Bundesländern 2016, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html (Zugriff: 18.10.2018).
- Statistik Austria (2018a). Bevölkerung nach Erwerbsstatus und Geschlecht seit 1994, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/063253.html (Zugriff: 29.09.2018).
- Statistik Austria (2018b). Kinderbetreuungsquoten nach Einzeljahren 2017, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/021658.html (Zugriff 25.10.2018).
- Statistik Austria (2018c). Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen/-bezieher nach Geschlecht 2008 bis 2017, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/familienleistungen/058447.html (Zugriff: 26.10.2018).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Kindertagesbetreuung regional 2017. Ein Vergleich aller Kreise in Deutschland, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405177004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 25.10.2018).
- Statistisches Bundesamt (2017). Verdienste auf einen Blick, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 18.10.2018).
- Statistisches Bundesamt (2018a). Statistisches Jahrbuch 2017, Arbeitsmarkt, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2018.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 18.10.2018).
- Statistisches Bundesamt (2018b). Betreuungsquoten der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2018 nach Ländern, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote.html (Zugriff: 25.10.2018).

Statistisches Bundesamt /WZB (Wissenschaftszentrum Berlin) (2016). Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 20.10.2016).

Süddeutsche Zeitung (2018). Der Frauenanteil im Bayerischen Landtag ist jämmerlich, <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-nach-der-wahl-der-frauenanteil-im-bayerischen-landtag-ist-jaemmerlich-1.4173738> (Zugriff: 18.10.2018).

Thurner, Erika/Alexandra Weiss (2008). Johanna Dohnal. Innensichten österreichischer Frauenpolitiken. Innsbrucker Vorlesungen, Innsbruck/Wien/Bozen.

Tralloré, Lisbeth N. (2013). Einleitung, in: Kratz, Käthe / Dies. (Hg.). Liebe Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien, Wien, 12-15.

Universität Innsbruck (2018). Auf einen Blick 2018, <https://www.uibk.ac.at/universitaet/profil/dokumente/uni-in-zahlen-2018.pdf> (Zugriff: 20.10.2018).

Weber, Max (1922/1972). Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt a. M.

Weber, Max (1926/1997). Politik als Beruf, Stuttgart.

Weiss, Alexandra (2012). Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus, Münster.

Weiss, Alexandra (2013). „Geschlechterkampf“ – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid. In: Birgit Riegraf et al. (Hg.). Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven, Münster, 37-57.

Wetterer, Angelika (2002). Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz.

Wetterer, Angelika (2003). Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Gudrun-Axeli Knapp/Dies. (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster, 286-319.

Wrussnig, Kerstin (2009). „Wollen Sie ein Mann sein oder ein Weiberknecht?“ Zur Männerrechtsbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit (Dipl.). Wien.

WSI / Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2017). Zeitaufwand für bezahlte und unbezahlte Arbeit 2012/2013, <https://www.boeckler.de/109009.htm> (Zugriff: 18.10.2018).

WSI / Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2018). Entgeltungleichheit. Gender Pay Gap 2006 – 2017 (das WSI ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung), <https://www.boeckler.de/52854.htm?agreementfordataprotection=true> (Zugriff: 13.10.2018).

Statistische Daten und Auswertungen:

Genesis Online Datenbank: <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/data>



Projektpartner und Kontaktpersonen

Frau und Beruf plus e.V., Leadpartner

Brunntalstraße 2, D 82467 Garmisch-Partenkirchen

Christine Nußhart

E-Mail: Christine_Nußhart@frau-und-beruf.net

Telefon: *49 8821 798027

FRAU UND BERUF
PLUS e.V.

BASIS Frauenservice und Familienberatung

Planseestraße 6, A 6600 Reutte/Tirol

Evelin Mages

E-Mail: office@basis-beratung.net

Telefon: *43 5672 72604



basis

Frauenservice
und Familienberatung

Landkreis Garmisch-Partenkirchen / Gleichstellungsstelle

Olympiastraße 10, D 82467 Garmisch-Partenkirchen

Ulrike Leimig

E-Mail: Gleichstellungsstelle@lra-gap.de

Telefon: *49 8821 751441



Katholisches Kreisbildungswerk Garmisch-Partenkirchen

Dompfaff-Straße 1, D 82467 Garmisch-Partenkirchen

Beate Löw-Schneyder

E-Mail: info@kreisbildungswerk-gap.de

Telefon: *49 8821 58501



Frauen im Brennpunkt, Reutte/Tirol

Planseestraße 6/I, D 6600 Reutte/Tirol

Karola Scheucher

E-Mail: k.scheucher@fib.at

Telefon: *43 5672 65956



ZONTA Garmisch-Partenkirchen

D 82467 Garmisch-Partenkirchen

Ursula Werner

E-Mail: uwfar@aol.com

Telefon: *49 8821 55219



Mehr Infos zum Projekt und zu weiteren Aktivitäten:

Frau und Beruf plus e.V.

www.frau-und-beruf.net/frau-und-beruf-plus.eV/Interreg-Projekt

Gleichstellungsstelle Landkreis Garmisch-Partenkirchen

www.lra-gap.de/gleichstellungsstelle